Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 45 Pfg. vierteljährlich 1,35 Mk., einschließl. Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 40 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 16 | Danzig, Sonnabend den 20. April 1918 | 9. Jahrgang

Alles steht Kopf

Im Westen bluten und sterben deutsche Männer und Jünglinge. Im Westen tobt die gewaltigste Schlacht, die je in einem Kriege, die selbst im Weltkrieg geschlagen worden ist.

In der Heimat geht die Jagd nach Gewinn ungestört weiter. Der Kapitalismus ist seelenlos, kennt kein Gefühl für menschliche Leiden, weiß nichts von brechenden Augen und röchelnder Brust. Er geht seinen Weg der Bereicherung unbekümmert und unberührt, mögen auch im Westen die Kämpfer zu Tausenden fallen.

Habt ihr mal etwas von einem Fall Daimler gehört? Wer denkt heute noch seiner? Die gerichtliche Sühne wird vorbereitet? Hm, wer hat darüber etwas vernommen? Und wenn auch, die Richter haben die Philippis in Wiesbaden freigesprochen, obwohl deren Fall ganz ähnlich lag. Im Reiche des Kapitalismus ist es nicht so leicht, festzustellen, wann ein Kapitalsgewinn übermäßig ist, wann nicht; wann er an Wucher grenzt, wann nicht. Und die Philippis und Daimler sind doch wahrlich nicht die einzigen. Wer aber will die Tausende von Betrieben unter die Lupe nehmen und sie zu der Praxis des „ehrsamen Kaufmanns" zurückführen? Alle bereichern sich, die irgendwie Gelegenheit dazu haben; weshalb soll ich allein der Dumme sein?

Gerade die Kenner, die Eingeweihten, die Macher lächelten über die Reichstagsdebatten und die tröstlichen Zukunftsverheißungen, die den aufhorchenden Reichsbürgern zur Beruhigung verabreicht wurden. Sie wissen, daß der Lärm rasch vergeht, in Kriegszeiten mit ihren wahnsinnigen Ereignissen zehnfach schnell. Das System aber besteht unerschüttert weiter. Mit dem System ist untrennbar die wilde Jagd nach schrankenlosem Profit verbunden.

Sie läßt sich ja schon längst nicht mehr eindämmen. Denn von der Erzeugung über die Verteilung bis zum Verbrauch steht alles Kopf. Der Krieg, der nach seinen Lobrednern die sittliche Läuterung bringen sollte, hat in Wahrheit die ganze bürgerliche Gesellschaft außer Rand und Band gebracht, alle öffentlich-rechtlichen Begriffe umgekehrt. Es ist seit langem platterdings

unmöglich, ein ehrlicher Mann

und gesetzestreuer Staatsbürger zu sein. Der Hang zur Gesetzlosigkeit hat sich überall und nach allen Seiten verbreitet. Er herrscht und alle unterwerfen sich ihm oder müssen es tun, um das Leben zu retten.

Bei Kriegsbeginn hat es da und dort in Handel und Wandel noch Regungen gegeben, die von der geschäftlichen Rechtschaffenheit des „ehrsamen Kaufmanns" und soliden Bürgers eingegeben waren. Es hat Firmen gegeben, die damals gewissenhaft ihre Offerten direkt bei der Heeresverwaltung einreichten. Sie vermochten in vielen Fällen leider die Aufmerksamkeit der vergebenden Instanzen nicht auf sich zu lenken, denn der Schwarm von Vermittlern drängte sich zwischen sie und die Behörde, schob sich vor, bahnte sich den Weg mit allen Mitteln und der rechtschaffene Lieferant hatte das Nachsehen. Man hört von alten Firmen, von ersten Händen, daß sie sich damals verärgert und empört zurückzogen, weil sie lediglich geschult waren, die Konkurrenz, aber nicht das Strafgesetzbuch zu besiegen. Das dauerte nicht lange. Bald trat in den Kreisen der Erzeuger und Kaufleute der psychologische Moment ein, wo

Ehrlichkeit in Dummheit umschlägt,

Eigenliebe und Familiensinn, Firmenstolz und bürgerlicher Name standen auf dem Spiele: man ist doch sich selbst, und seiner Familie, der Firma und der sozialen Stellung schuldig, nicht zurückzubleiben! Man zögerte wochen-, sogar monatelang, und dann ging man hin und tat desgleichen.

Man fand bald, daß ja nichts dabei ist. Mein Gott, es ist ja Krieg! Viele Prozente Vermittlergebühr, viele Prozente Aufschlag wegen allgemeiner Geschäftserschwernis, wegen gestiegener Rohpreise und der berühmten Löhne, es trug Millionen. Nur etwas verminderte Qualität, nur kaum merkliche Verwendung der im Kriege so beliebten Ersatzstoffe, nur kleine Nachhilfen da und dort — die die Konkurrenz verführt ja nicht besser — und nie geahnter Reichtum ist die Frucht. Man kann doch

allein keine Ausnahme

machen. Zum Henker noch mal, man wird doch nicht der Narr der Anständigkeit sein!

Und erst im Handel! Die sonst langsam rollenden Waren flogen bald nur so von Hand zu Hand. Was hatte man vordem für Plackereien mit Maß und Gewicht, mit Mustern und Proben, mit Mängeln und Rücksendungen. Jede Uebergabe und Uebernahme war ein kleines Fegefeuer, die Preisberechnung ein Martyrium. Man rechnete mit Bruchteilen von Prozenten, man wog die Spesen auf der Goldwage, man sparte an Kosten und Unkosten. Aber jetzt! Man gab und nahm am Kaffeehaustisch Waggons unbesehen, die Beschaffenheit spielte keine Rolle, Ware, nur Ware! Man schlug auf. Fünf, zehn, zwanzig Prozent — siehe da, es ging! Das Publikum schrie, aber es bezog! Es regnete Verordnungen gegen die Preisschrauberei. Das Papier ist eben geduldig. Man sperrte Leute ein, aber man fing kaum einen von hundert und jeder Fang verbesserte bloß die Aussichten derer, die noch frei waren. Und das waren und sind die vielen.

Beispiele ziehen, das Glück steckt an. Die Kleinen hatten es bald heraus, wie's die Großen treiben, der Detaillist lernt vom Grossisten, der Nachbar vom Nachbarn. Steht irgendwo geschrieben, daß gerade der Händler nicht verdienen soll, wo alles verdient? Man wird sich doch nicht vor seinen Freunden und Nachbarn lächerlich machen? Die

Ansteckung geht weiter.

Sie dringt vom Markt ins Geschäft, von der Stadt auf das Land. Und der Bauer kratzt sich hinterm Ohre: Sollen etwa wir die Narren sein? Und dann gibt es kein Halten, bis nach und nach das Pfund Bohnen 5 Mark kostet und das Pfund Butter 25. Alles hintenherum!

Das Publikum, die Verbraucher schreien, und die Verordnungsmaschine wird in Bewegung gesetzt. Immer wieder, immer wieder. Es regnet Höchstpreise. Enttäuscht und verärgert ziehen sich Erzeuger und Händler zurück. Wartet nur, ihr werdet schon kirre werden! So hat man die Kartoffelpreise immer wieder hinaufgetrieben, so hat man von Zeit zu Zeit Zuckerklemmen veranstaltet, um Preiserhöhungen verdaulicher zu machen, so ist man bei den meisten Waren verfahren. Gewiß hat irgendeine Firma unanständigerweise damit begonnen, die andern sind erst zögernd, dann mit verdoppelter Hast nachgefolgt. Es ist eben so hart, als der dumme Kerl der Branche zu gelten.

Zögernd folgten auch die Verbraucher. Es hat anfänglich tatsächlich einzelne bürgerliche Familien gegeben, die es für schmachvoll hielten, die Vorschriften zu übertreten, oder gar zu hamstern. Einige haben ein halbes Jahr, selbst ein Jahr standgehalten. Wer Vorräte hatte, schwieg zuerst verschämt. Wie bald war das aber vorbei! Einer erfuhr vom andern, daß ein Dritter sich um die lächerlichen Vorschriften nicht kümmere, und einer um den andern begann für sich eine Ausnahme zu machen. Man erfuhr später, daß Leute in höheren Staatsstellungen, öffentliche Anstalten, selbst Aemter sich um die Höchstpreise nicht im geringsten scherten. Offenbar war die Not gar nicht so ernst! Wem schadet es also, wenn der eine oder der andere der Verordnung eine Nase dreht? Es handelt sich doch um Millionen Menschen, da macht das bißchen, was der einzelne voraus hat, ohnehin nichts aus, im Gegenteil, er entlastet bloß die öffentliche Vorsorge. Um solche und andere Scheingründe ist man niemals verlegen. Schließlich, man hat ja die Pflicht, für die Seinigen vorzusorgen! Man hamstert, man umgeht die Vorschriften, man fängt an, sich der Vorräte zu rühmen, man

empfiehlt einander die Schleichwege.

Das Publikum hat so die Ernährungsvorschriften durchlöchert, bevor sich noch ihr fürchterlicher Ernst gezeigt hat. Alles hintenherum!

Sobald aber die wirkliche Bedrängnis kam, brach der Rest an moralischer Widerstandskraft zusammen. Nun hatte die Gesetzlosigkeit schon die Kraft des gesellschaftlichen Vorurteils: Das tut jeder! Jeder muß das tun! Der gelegentliche Schleichweg wird zum zweiten Versorgungssystem, zum ordentlichen Schleichhandel. Der Schleichhändler wird eine feste Berufsart. Dunkle Existenzen vermitteln diesen Verkehr, aber die ganze honorige bürgerliche Welt benutzt ihn und befestigt diese Einrichtung als eine Selbstverständlichkeit. Jeder Restaurateur und Hotelier empfängt täglich die Agenten, die ihm Mehl, Eier, Fleisch, Butter und Schmalz anbieten, und ist froh, sie zu sehen. Jeder bürgerliche Haushalt hat seine Adressen. Man kauft in den vornehmsten Geschäften Tuche und Schuhe mit einem Aufgeld von Mehl und Speck. Die größten Firmen liefern mit Vorliebe gegen Naturaltausch. Man kauft Zement gegen Kohlen, Kohlen gegen Seife, Butter gegen Zigarren, Seide gegen Speck. Jedermann weiß das und jedermann sagt sich: Soll

ich allein der Narr

des Gesetzes sein? Warum gerade ich?

Jederman sagt sich das, aber nicht jedermann weiß sich hintenherum zu versorgen. Der Ausweg durch den Schleichhandel mittels Phantasiepreisen ist der meisten verwehrt. Die oberen Schichten, die über Ware oder aber genügend Geld verfügen, mögen sich so, wenn auch mit gewaltigen Unkosten, ein gutes oder doch auskömmliches Leben sichern. Eine kurze Ueberlegung lehrt, daß alle jene, die wenig bemittelt sind, die nicht den besitzenden Klassne angehören, die zehn Stunden des Tages arbeiten oder die gar keine geschäftlichen Beziehungen haben, völlig hilflos sind und ganz unversorgt bleiben. Diese sind auf Ehrlichkeit und Gesetz angewiesen. Sie müssen von dem leben, was ihnen der staatliche Ernährungsdienst bietet, und versagt dieser, so sind sie zum Hunger verurteilt. Ein seltsamer Zustand, eine auffällige Ironie, daß jene Klassen, die man die staatserhaltenden nennt, von der Gesetzlosigkeit, die sogenannten staatsfeindlichen Klassen vom Gesetz leben! Es gibt zu denken, daß die sogenannten Staatsfeinde nach staatlicher Ordnung, die Staatstreuen aber nach Beseitigung aller staatlichen Regelung schreien, daß jene besser bei öffentlicher Regelung, diese besser bei der Anarchie gedeihen.

Von der Erzeugung der Lebensgüter über den Handel zum Verbrauch, überall dieselbe Lockerung des Sinnes für Gesetzlichkeit, dasselbe Schwinden der einstmals geltenden bürgerlichen Rechtschaffenheit. Der Krieg hat Kräfte entfesselt, die das ganze Bild der Gesellschaft gewandelt haben. Die Kosten, Lasten und Beschwerden der Umwälzung

haben die Volksmassen zu tragen.

Wobei unter Massen nicht etwa nur die Arbeiter, sondern auch die ganze Beamtenwelt und der ganze Mittelstand zu verstehen ist, soweit er sich nicht durch Schleichhandel schadlos zu halten sucht. Diese Massen büßen täglich in erschreckender Weise dafür, daß Gesetz und Verwaltung trotz aller papiernen Verordnungen praktisch vor den Besitzenden und Spekulanten versagen. Agrarier liefern nicht, was ihnen auferlegt wird; Mühlen und Bäckereien mahlen und backen hintenherum; Kaufleute und Nichtkaufleute treiben Ketten- und Schleichhandel; kapitalistische Unternehmer bereichern sich sinnlos an Staatslieferungen. Die Massen dagegen leiden Fürchterliches an Ueberarbeit und Unterernährung, und die öffentliche Gewalt ist so gut wie ohnmächtig den einen wie den andern gegenüber. Was geschieht, genügt nicht, und genügt von Tag zu Tag weniger. So allgemein ist die staatliche Ohnmacht, daß es dem rechtschaffenen Bürger — wenn dieser irgendwo noch aufzutreiben sein sollte — ebenso schwer ist, ehrlich zu bleiben, wie dem Besitzlosen satt zu werden.

Das ist der Krieg, dieser große Erneuerer der Sittlichkeit und des Rechtes. Das ist das kapitalistische System, dessen schrankenlose Wiederherstellung die liberalen und konservativen Wortführer fordern.

Das ist der Segen, den beide zusammen den Massen des Volkes bringen.

Die Besitzenden aber nehmen an der Anarchie keinen Anstoß, denn sie gewährt ihnen die Möglichkeit, sich hintenherum zu versorgen. Sie sind lärmende Wortfechter einer Durchdringung Rußlands, um dort die Anarchie zu beseitigen und die Ordnung herzustellen. Im eigenen Lande aber wehren sie sich gegen die Ordnung und preisen die Anarchie, die ihnen ein auskömmliches Dasein ermöglicht.

Alles hat sich verkehrt. Alles steht Kopf.

Politische Erntezeit

Der Reichstag trat am Dienstag wieder zusammen. Der Wahlrechtsausschuß des Dreiklassenhauses hat schon politische Arbeit getan und das gleiche Wahlrecht abgelehnt. Das Haus der preußischen Herren hat sich ebenfalls schon bemerkbar gemacht. Die Entscheidungen, welche in den jetzt beginnenden Tagungen gefällt werden, sind von weitreichender Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes und für das Urteil über die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie.

In der Arbeiterklasse ist während des Krieges der bekannte Streit entstanden, ob es sich für das Proletariat lohne, dieses Deutschland überhaupt zu verteidigen. Die Sozialdemokratie hat diese Frage bejaht; sie hat ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht an die Bedingung geknüpft, daß diese und jene Reformen durchgeführt werden. Erschüttert lasen wir die Schilderungen aus Noyon, die herzzerreißende Klage jener Franzosen, die 32 Monate unter deutscher Militärherrschaft im Operationsgebiet gelebt haben und jetzt aus der Heimat fliehen müssen, klar bewußt, bei der etwaigen Rückkehr nur einen Trümmerhaufen wiederzufinden.

Das schlimmste an dem ganzen Kriege,

sagte der Korrespondent eines großen volkstümlichen Pariser Blattes bei der Schilderung dieses Elends, ist, daß er in unserm Land ausgefochten wird. Dieses schlimmste Unglück des Krie

ges hat die Haltung der deutschen Sozialdemokratie vom deutschen Volke abzuwenden geholfen.

Aber trotzdem wird es einen großen Unterschied ausmachen, ob man nach dem Kriege sagen können, daß das deutsche Volk für die deutsche Freiheit gefochten habe, oder ob eine schlimme Reaktionsperiode einsetzt, wie etwa nach dem Befreiungskrieg gegen Napoleon. Welche dieser beiden Möglichkeiten Wirklichkeit wird, darüber werden jetzt Landtag und Reichstag entscheiden, und wir sehen dem Ausgang des Kampfes mit Spannung entgegen.

In dieser Tagung zwischen Ostern und Pfingsten muß es sich zeigen, ob

die preußische Wahlreform

im Abgeordnetenhaus durchzusetzen ist oder nicht. Die zweite Lesung im Ausschuß, die zweite und dritte Beratung im Plenum müssen kommen und dulden kein längeres Versteckspielen. Die preußische Regierung ist bekanntlich überzeugt, daß es ihr gelingen wird, eine, wenn auch knappe Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zusammenzubringen. Auf der andern Seite hat sie keinen Zweifel daran gelassen, daß sie im andern Falle zur Auflösung des Landtages schreiten wird. Gelingt es jetzt, das gleiche Wahlrecht zu sichern, dann ist als innerpolitischer Ertrag des Krieges ein großes Stück politischer Freiheit für das arbeitende Volk errungen.

Gleichzeitig wird sich der Reichstag mit sozialpolitischen Vorlagen von hohem Werte zu befassen haben. In erster Reihe stehen da die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, des bekannten Ausnahmegesetzes gegen die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter, und die Schaffung von Arbeitskammern. Namentlich die letztere Frage bereitet noch viele Schwierigkeiten. Ist doch das Arbeitskammergesetz schon einmal daran gescheitert, daß die Regierung diese staatlich anerkannte Vertretung der Arbeiterschaft nicht so ausgestalten wollte, daß die Arbeiterschaft selbst auf ihr Zustandekommen hätte Wert legen können. In den beiden Hauptstreitfragen, welche damals das Scheitern des Gesetzes herbeiführten, hat die Regierung nachgegeben; sie scheint jetzt geneigt, die Arbeiter der öffentlichen Betriebe in die Arbeitskammern mit hineinzunehmen und Gewerkschaftsangestellte als Vertreter der Arbeiter in den Kammern zuzulassen. Aber trotzdem sind noch eine ganze Anzahl von Schwierigkeiten zu überwinden, so besonders die Frage des

Aufbaues der Arbeitskammern

auf fachlicher oder örtlicher Grundlage. Die grundlegende Bedeutung dieses Gesetzes liegt darin, daß sein Zustandekommen eine gewisse Garantie dafür gäbe, daß auch nach dem Kriege die Behörden auf die Stimme der Arbeitervertreter hören und die Arbeiterschaft nicht lediglich wie früher als Objekt ihrer Regierungskunst betrachten. So kann das Arbeitskammergesetz ein Prüfstein dafür werden, ob nach dem Krieg eine gesunde Politik des Wiederaufbaues der Volkskraft durch soziale Reform getrieben werden wird oder ob die Scharfmacherei wieder Oberhand gewinnt.

Die politische Erntezeit des Krieges ist damit angebrochen. Sind erst für den politischen Fortschritt gesichert das gleiche Wahlrecht in Preußen und die Wahlkreisverbesserung im Reiche, für den sozialen Fortschritt die Befreiung der Gewerkschaften von aller ausnahmegesetzlichen Behinderung und aller obrigkeitlichen Nichtachtung, dann wird mancher, der bisher die Haltung der Sozialdemokratie im Krieg unfreundlich kritisierte, doch noch einsehen, daß sie richtig gehandelt hat.

Sofortige Friedensaussichten bestehen augenblicklich natürlich nicht. Die Riesenkämpfe im Westen sind in vollem Gange, und erst wenn ihr Ergebnis feststeht, wäre die Unterlage für Friedensverhandlungen neu geschaffen. Insofern macht es für die Reichstagsmehrheit im Augenblick nicht allzuviel aus, daß Zentrum und Fortschritt sich gegenüber der Juli-Resolution jetzt eine gewisse Bewegungsfreiheit vorbehalten. Innerpolitisch kann die Reichstagsmehrheit jetzt zeigen, was sie zu leisten vermag. Zwischen Ostern und Pfingsten muß sie ihr Meisterstück vollenden oder zugrunde gehen. —

Kriegsnachrichten

Amiens und London

Im Gegensatz zu anders lautenden Behauptungen sagt der „Matin“, es sei kein Nachlassen des deutschen Druckes an der Westfront wahrzunehmen. Die Londoner „Daily Mail“ schreibt: Mit dem Schicksal Amiens' ist das Los Londons unlösbar verknüpft. Amiens verteidigen, heißt London verteidigen. Amiens verlieren, bedeutet für Frankreich den Verlust der englischen Hilfe in dem jetzigen Umfange.

Lloyd George Sieger der Wehrpflicht

Haag, 16. April. „Reuter“ meldet aus London: Wie verlautet, hat die Unterredung zwischen den Arbeitsministern und Lloyd George guten Erfolg gehabt. Von einer Krise ist nicht mehr die Rede. (L.-A.)

*

WTB. **London**, 16. April. (Reuter.) **Das Unterhaus hat das Mannschaftsersatzgeschäft in dritter Lesung mit 301 gegen 103 Stimmen angenommen.**

Erweiterte englische Wehrpflicht

WTB. **London**, 17. April. In der Debatte über die Mannschaftsersatzbill sagte Minister Barnes:

Nach seiner Meinung könne die Homerulebill rechtskräftig werden, bevor die Wehrpflicht in Irland wirksam würde. Carson unterbrach ihn und fragte, ob nach Ansicht der Regierung die Homerule Gesetz werden solle, ehe irgendwelche Iren ausgehoben würden. Barnes erwiderte, die Regierung werde die Bill einbringen und sie würde zurücktreten, wenn das Oberhaus sie nicht annehme. (Hier machte Lloyd George eine zustimmende Bewegung.) Barnes sagte, Irland möge zu der Regierung und zu der organisierten Arbeiterschaft Englands Vertrauen haben; sie würden dafür sorgen, daß Irland sein Recht würde und dann sollte Irland dem Heere die Unterstützung gewähren, die dessen Recht sei.

Die Wehrpflicht für Irland

WTB. **London**, 16. April. (Reuter.) Die Lösung der Homerulefrage darf jetzt als wahrscheinlich betrachtet werden und zwar auf der Grundlage, daß die Wehrpflicht in Irland nicht eingeführt wird, bevor die Homerule Gesetz geworden ist, und daß die Regierung zurücktreten werde, wenn das Oberhaus die Homerulebill ablehnen sollte.

*

Kopenhagen, 17. April. „National Tidende“ meldet aus London: Das Oberhaupt der irischen katholischen Kirche, Kardinal Logue, erklärte am Sonntag in seiner Predigt, die Einführung der Wehrpflicht in Irland würde ein Chaos im Lande hervorrufen und auf starken passiven Widerstand stoßen. Er bete zum Himmel, daß das Land davon verschont bleiben möge, einen organisierten aktiven Widerstand zu leisten. (Morgenpost.)

Hollands Ernährungsnot

WTB. Haag, 17. April. (Korrespondenzbureau.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer brachte der antirevolutionäre Abgeordnete Beumer eine Interpellation über die Lebensmittelversorgung der Ausländer und Internierten ein.

Auf verschiedene Fragen antwortet Minister Cort van der Linden, daß in Holland ungefähr 100 000 belgische Flüchtlinge, 3155 englische, 1607 deutsche Soldaten, 679 entflohene Kriegsgefangene und 1543 Russen und Polen seien. Die internierten Kriegsgefangenen und Flüchtlinge bekämen dieselben Rationen wie die Holländer. Die betreffenden Regierungen hätten versprochen, für die Lebensmittelversorgung ihrer Militärs zu sorgen. Die deutsche Regierung teilte schriftlich mit, daß sie ihrem Versprechen binnen kurzem nachkomme. Was die Russen und Polen in Holland betreffe, beständen noch Schwierigkeiten gegen ihre Heimsendung. Die deutsche Regierung erklärte sich grundsätzlich bereit, dabei behilflich zu sein.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Sozialistische Friedens-Konferenz?

Genf, 13. April. Durch die Vermittlung Brantings richteten Vandervelde und Huysmans namens der sozialistischen Internationale an die zugehörigen deutschen und österreichischen Verbände die Aufforderung, zum Protokoll der jüngsten Londoner Konferenz Stellung zu nehmen. Von den Berliner und Wiener Antworten würde es abhängen, ob die deutschen und österreichischen Vertreter an einer allgemeinen Friedenskonferenz der internationalen Sozialdemokratie zuzulassen seien. Diese Antworten müßten klar und unzweideutig das Friedensprogramm Wilsons gutheißen. (B. T.)

Das höchst sonderbare Ultimatum, das diese Nachricht behauptet, macht die ganze Mitteilung stark verdächtig.

Ramsay Macdonald über Lichnowsky

Ueber die Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei, die zu Ostern in Leicester tagte, ist schon telegraphisch berichtet worden. Aus den jetzt eingetroffenen englischen Zeitungen geht hervor, daß man sich in Leicester auch mit den Enthüllungen des Fürsten Lichnowsky beschäftigt hat. Es war Ramsay Macdonald, der über sie sprach; er erklärte, sie hätten ihn in seiner Ueberzeugung nicht erschüttert, sondern befestigt. Denn der Krieg sei doch eigentlich nicht erst 1914 gemacht worden. Es sei die Ernte einer Saat, die viel früher ausgesät worden sei. Macdonald gab zu, daß die englischen Staatsmänner im Juli 1914 alles getan hätten, um den Frieden zu erhalten, aber sie fanden als Folge ihrer früheren Politik eine solche Situation, daß sie in den Krieg mit hineingerissen wurden, mochten sie nun wollen oder nicht. Der Suchomlinowprozeß zeige, daß die russische Kriegspartei den Zaren genau so bearbeitet und belogen habe wie die deutsche Kriegspartei den deutschen Kaiser. So sei die Lichnowsky-Denkschrift ein neuer Beweis für die Gefahren der Geheimdiplomatie und für die wohlmeinende Unfähigkeit der britischen Staatsmänner, die, ohne an der Kriegsschuld direkt beteiligt zu sein, durch die Fülle der Allianzen die politische Führung verloren hätten. Die Lehre dieser Denkschrift sei, daß die sozialistische Internationale unverzüglich zusammentreten müsse, damit die Vertreter der Demokratien aller kriegführenden Länder von Angesicht zu Angesicht miteinander sprechen und zu einem demokratischen Frieden die Grundlagen legen könnten.

Deutsche Grenzberichtigung gegen Polen

Lemberg, 16. April. „Wjek Nowa“ meldet aus Warschau, daß nach Mitteilungen aus deutschen Kreisen die in Aussicht genommene Berichtigung der deutsch-polnischen Grenze im nördlichen Teile des Gouvernements Suwalki, ferner zwischen Thorn und Alexandrowo und dem Kohlenbecken von Dombrowo erfolgen solle. Hier sei die Einbeziehung des St. Barbara-Berges in Aussicht genommen, wodurch das oberschlesische Becken beherrscht wird. Das wäre etwa ein Viertel des Kohlenbeckens im künftigen Polen. (N. A. Z.)

Ukraine und Baltikum

Die alldeutsche „Tägl. Rundschau“ entrüstet sich über die Ukrainer, die gegen den Anschluß Beßarabiens an Rumänien protestieren und das Land für sich haben wollen. Sehr erzürnt schreibt das alldeutsche Blatt:

„Erwiesenermaßen ist ein sehr großer Hundertteil, sicher weit mehr als die Hälfte der beßarabischen Bevölkerung Beßarabiens, rumänischer Nationalität. Fängt die Ukraine auch schon an, nach polnischem Muster unersättlich zu werden?“

An demselben Tage, an dem dem Redakteur der „Tägl. Rundschau“ diese sittlich entrüsteten Zeilen aus der Feder flossen, tagte aber in Berlin der Gesamtvorstand des alldeutschen Verbandes und nahm eine Entschließung an, deren erster Absatz folgendermaßen lautet:

„Der Gesamtvorstand begrüßt die Befreiung des baltischen Deutschtums mit stolzer Freude und hält für ein selbstverständliches Gebot deutscher Ehre, daß die befreiten baltischen Lande in ihrer Gesamtheit beim Reiche verbleiben und ihren deutschen Charakter bewahren.“

Der Prozentsatz der Deutschen in den baltischen Landen wird selbst von den größten Deutschfreunden auf höchstens 6 oder 7 Prozent der Gesamtbevölkerung angegeben. Der Prozentsatz der Ukrainer in Beßarabien dürfte immerhin ein [illegible] bis achtfach höherer sein. Die Ukrainer können sich also darauf berufen, daß sie nur sehr bescheidene Nachahmer dessen sind, was sie von den Alldeutschen gelernt haben und daß sie, um mit den Worten der „Täglichen Rundschau“ zu reden, in Punkto „Unersättlichkeit“ reine Waisenknaben gegen die Alldeutschen sind. (B. 104.)

Deutschland

Wiederzusammentritt des Reichstags

Donnerstag trat die deutsche Volksvertretung wieder zu einer Tagung zusammen, der ein ungeahnter Ausbau der Kriegssteuern vorbehalten ist. Soweit zurzeit ein politisches Interesse an inneren Reichsdingen besteht, ist es auf die Steuervorlagen gerichtet, die dem Reichstag inzwischen zugegangen sind. Als der Reichstag vor einigen Wochen in die Osterferien ging, stand er gerade mitten in der Daimler-Debatte, und die geheiligte Sitte der Parlamente zwang ihn, jetzt dort wieder anzufangen, wo er damals aufgehört hat.

Das Programm des Reichstages

W. T. B. **Berlin**, 16. April. Der Aeltestenrat des Reichstages trat zur Beratung des Arbeitsplanes zusammen und einigte sich dahin: Am Mittwoch soll mit der zweiten Lesung des Reichshaushalts begonnen werden. Der 19. April bleibt sitzungsfrei, damit die Fraktionen Gelegenheit haben, sich über die Steuervorlagen zu besprechen. Zu demselben Zweck sollen die Sitzungen der Vollversammlungen am 20. und 22. April abgekürzt werden. Die erste Lesung der Steuergesetze findet vom 23. bis 26. April statt. Der 27. und 29. April bleiben sitzungsfrei. Ob an diesen Tagen die Ausschüsse Sitzungen abhalten, steht noch dahin. Die Pfingstpause soll am 16. Mai beginnen und bis zum 4. Juni dauern. Man hofft, im Laufe des Juni die Arbeiten des Reichstages zu Ende führen zu können.

Zum Kampf für das gleiche Wahlrecht

hat der geschäftsführende Ausschuß der Preußischen Landeskommission ein Flugblatt erscheinen lassen. Die Parteigenossen werden aufgefordert, trotz aller Schwierigkeiten sofort Versammlungen einzuberufen und das Flugblatt in ihrem Bezirk zu verbreiten. Die Agitation wird mit voller Energie betrieben werden.

Zur Reichstagsersatzwahl in Zwickau

Die „Unabhängigen“ haben den Spartakusmann Heckert in Chemnitz als Reichstagskandidaten für den 18. sächsischen Wahlkreis aufgestellt. Wie schon angedeutet, gehört der Genannte zum äußersten linken Flügel der „Unabhängigen“. Auf der Sonderkonferenz in Gotha machte er schärfste Opposition gegen die Politik von Haase und Ledebour. Er verneinte die Landesverteidigung überhaupt und bezeichnete unter scharfen Ausfällen die „Unabhängigen“politik als inkonsequent, so daß sich Haase zu einer aufgeregten Abwehr veranlaßt sah, bei der er durchblicken ließ, daß ein Zusammengehen mit den Spartakusleuten Heckertscher Richtung nur möglich sei, wenn sie sich fügten und das gemeinsame Dach respektierten. Wenn dieser Mann jetzt zum Reichstagskandidaten der „Unabhängigen“ bestimmt wurde, so ist das vielleicht die Folge eines scharfen Kampfes der Richtungen im „Unabhängigen“lager, bei dem die Spartakusrichtung gesiegt hat, oder es hat sich kein anderer für den höchst fragwürdigen Posten einer „Unabhängigen“-Kandidatur gefunden.

Preußentum auf Kündigung

Geheimrat Hugenberg, der Vorsitzende des Kruppdirektoriums, ist für das Dreiklassenwahlrecht und die von ihm verbürgte Sicherung des Portemonnaies der Besitzenden auf die Schanzen gestiegen. Mit erfrischender Offenheit gesteht er, daß, wenn Preußen als wichtigster Bundesstaat demokratisiert werde, die Industrie keinen Anlaß mehr habe, sich für den partikularistischen Patriotismus zu begeistern und der Vereinheitlichung der Staatswirtschaften und Staatsfinanzen gegen das Reich entgegenzustemmen. **Unverblümt gibt er zu, daß die finanzielle Stützung der Einzelstaaten durch die Zuweisung des Eisenbahnwesens in ihren Bereich sachwidrig ist und nur der geldlichen Förderung der für die Prozentpatrioten so nützlichen Bollwerke der politischen Reaktion diene.**

In einer in der Essener Handelskammer gehaltenen Rede führte Geheimrat Hugenberg nach einem lebhaften Einspruch gegen die so peinliche Kontrolle der Industrie durch das Reich aus:

„Wir haben uns früher gegen die Uebernahme sämtlicher Staatseisenbahnen durch das Reich stets ablehnend verhalten. Aber ich könnte mir denken, daß wir unter Umständen in Zukunft eine Aenderung in Erwägung ziehen müßten. **Wir werden es nicht vermeiden können, unsere wirtschafts- und finanzpolitischen Folgerungen zu ziehen, falls der Plan des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen sich verwirklichen sollte.** Vom Boden dieser neuen Verhältnisse aus wird vielleicht auch die Frage der Reichseisenbahnen etwas anders aussehen. Denn soviel ist klar, daß ein großer Unterschied, zwischen Reich und Preußen dann weggewischt, daß die Rolle, die Bismarck den Einzelstaaten als Gegengewicht des Reichstages zugedacht hatte, dann ausgespielt sein wird. Eine mächtige unitarische Strömung, getragen u. a. von der Sozialdemokratie, wird Deutschland durchziehen. Der Geldbedarf des Reiches wird aufs schwerste die Steuerfreiheit der Einzelstaaten bedrohen. Es fragt sich, ob den Fürsten und Regierungen der Einzelstaaten nicht wie heute der Wille, so dann die Macht fehlen wird, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Und sollte es erst einmal soweit gekommen sein, so wird auch in den selbstwirtschaftenden Kreisen im Reiche, ebenso wie in der Arbeiterschaft, die Frage auftauchen, **ob es sich lohne, angesichts des Druckes der Steuerschraube, dann noch den ganzen kostspieligen Apparat der Einzelstaaten aufrechtzuerhalten, nachdem Zweck und Sinn dieser verwickelten Vielgliedrigkeit, so wie Bismarck sie gedacht hatte, durch das Herrschbedürfnis der Massenführer ausgewischt und nur ihre üblen Seiten, nämlich ihre Kostspieligkeit und die von ihr ausgehenden Hemmungen des wirtschaftlichen Lebens und des Geschäftsganges, übriggeblieben sein werden.** Dann aber wird man voraussichtlich — ich möchte mich selbstverständlich heute, wo noch alles fließt, in diesen Zukunftsfragen nicht festlegen — auch in unseren Kreisen überlegen müssen, ob die Gründe, die heute für einzelstaatliche Eisenbahnen und gegen Reichseisenbahnen sprechen, durch die Entwicklung der Dinge nicht überholt und gegenstandslos geworden sind.“

Geheimrat Hugenberg will — klipp und klar gesagt — **den Herrschern der Einzelstaaten vor der Demokratisierung graulich machen, indem er ihnen sozusagen Amtsenthebung androht, was ganz offenbar eines der Ziele ist, auf die das Wort von dem kostspieligen Apparat der Einzelstaaten zielt.** Der Stahlkönig kündigt einfach den Preußenkönigen! Selten ist mit unbekümmerterer Rücksichtslosigkeit Preußentum, Loyalität, Patriotismus gekündigt worden als von diesem typischen Vertreter der Schwerindustrie. (M. 93.)

Der große „unabhängige“ Katzenjammer

Das Berliner „Mitteilungsblatt“ der „Unabhängigen“ erinnert daran, daß es jetzt gerade ein Jahr her ist, daß sich die „Unabhängige“ Partei in Gotha formell konstituierte. Die damals gehegten Erwartungen, die große Masse der Arbeiter mitreißen zu können, sind bekanntlich schmählich zu Schanden geworden. Es geht jetzt daher bei gedämpfter Trommel Klang. Die Katzenjammerstimmung mögen folgende Zitate aus den Erinnerungsartikeln zeigen:

„Manch einer von uns mag aus den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate lernen, daß das kritiklose Hinausschreien des Wortes „die Massen“ keine allgewaltige Zauberformel ist. Bedächtiges Zaudern in Kampfeszeiten ist ebenso von Uebel wie unbändiges Drauflosgehen.“

9. Jahrgang
Nr. 16

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
20. April 1918

Opfer der Arbeit

9951 Tote, 103 184 Schwerverwundete. Das ist, kurz zusammengefaßt, der Streckenrapport vom Schlachtfelde der Arbeit für das Jahr 1916.

Nach der vom Reichsversicherungsamt jetzt veröffentlichten Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Träger der Unfallversicherung für das Jahr 1916 hat die Zahl der Unfälle sowohl absolut als auch relativ eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren.

Ueber die Zahl der Versicherten lassen sich bestimmte Angaben nicht machen, weil in den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit der Zahl von 17 403 000 versicherten Personen, die durch Schätzung auf Grund der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vom Jahre 1907 gewonnen wurde, seither unverändert weiter gerechnet wird. Die 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften bringen genaue Nachweisungen über die Zahl der beschäftigten Personen und der Vollarbeiter (zu 300 Arbeitstagen). Hiernach hat sich die Zahl der versicherten Personen von 7 547 338 im Jahre 1915 auf 7 442 518 im Jahre 1916 vermindert, dagegen ist die Zahl der Vollarbeiter von 6 692 104 auf 6 702 518 gestiegen. Diese Inkongruenz läßt darauf schließen, daß bei verminderter Arbeiterzahl mit größerer Intensität gearbeitet wurde. Zu diesen Trägern der Unfallversicherung kommen noch die Ausführungsbehörden mit 1 231 052 (1915=1 194 243) versicherten Personen (973 660) Vollarbeitern.

Bei allen Trägern der Unfallversicherung zusammen wurden im Jahre 1916 erstmalig entschädigt 103 184 Unfälle gegen 96 227 im Jahre 1915. Von den Verletzten wurden 9951 (1915 8969) getötet und 681 (644) wurden als dauernd völlig erwerbsunfähig befunden. Entschädigt werden bekanntlich nur die Unfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen zur Folge hatten, das ist nur ein kleiner Teil der gemeldeten. Insgesamt wurden im Jahre 1916 606 056 Unfälle gemeldet gegen 591 564 im Jahre 1915.

Auf 1000 Vollarbeiter bezogen, betrug bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften die Zahl der gemeldeten Unfälle 65,57 (1915 63,96), der entschädigten Unfälle 8,29 (7,49), der Getöteten 0,95 (0,85).

Sehr stark ist die Zunahme der verletzten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter. In welchem Maße sich die Zahl der Beschädigten dieser Gruppe vermehrt hat, ist aus den Berichten der Berufsgenossenschaften nicht ersichtlich, weil wohl die Verletzten, nicht aber die Beschädigten nach Alter und Geschlecht geschieden werden. Die nachstehende Zusammenstellung läßt die während des Krieges eingetretene Verschiebung deutlich erkennen.

Zahl, Alter und Geschlecht der Verletzten bei den 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften

Jahr	Erwachsene männlich	Erwachsene weiblich	Jugendliche unter 16 Jahren männlich	Jugendliche unter 16 Jahren weiblich
1913	69 180	2 749	2 550	301
1914	61 315	2 727	2 265	273
1915	44 127	3 098	2 665	231
1916	45 717	5 930	3 512	379

Wenn man in Betracht zieht, daß diese Zahlen sich nur auf die entschädigten Unfälle, also nur auf die schweren Verletzungen beziehen, dann wirkt die im Jahre 1916 eingetretene Steigerung wahrhaft erschreckend. Die Zahl der verletzten Männer ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, weit stärker ist aber die Steigerung der Zahl der verletzten Frauen und Kinder. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist die Zahl der verletzten Frauen und Kinder absolut weit größer, doch ist während des Krieges eine solche Steigerung wie bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften nicht eingetreten.

Zahl, Alter und Geschlecht der Verletzten bei den 49 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Jahr	Erwachsene männlich	Erwachsene weiblich	Jugendliche unter 16 Jahren männlich	Jugendliche unter 16 Jahren weiblich
1913	38 839	17 125	1 742	545
1914	34 345	15 846	1 608	587
1915	25 857	12 725	1 492	517
1916	24 980	14 324	1 863	573

Die Ursachen für die Steigerung der Unfallhäufigkeit liegen auf der Hand. Nicht nur, daß Frauen und jugendliche Arbeiter in weit stärkerem Maße zur Erwerbstätigkeit herangezogen werden, sie werden auch bei recht gefährlichen Verrichtungen verwendet. Für die Steigerung der Unfallhäufigkeit kommt auch die oft weit ausgedehnte Arbeitszeit wesentlich in Betracht. Alle Bemühungen auf unbeschränkte Wiedereinführung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für weibliche und jugendliche Arbeiter waren bisher erfolglos. Die wiederholten Rundschreiben des Reichskanzlers an die Bundesregierungen, die diesen Gegenstand betreffen, können im günstigsten Falle eine unzureichende Besserung der Zustände herbeiführen. Ein wunder Punkt ist auch die Beaufsichtigung der Betriebe. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten zeigt nach den Nachweisungen nur einen unbedeutenden Rückgang, das kommt aber daher, daß die durch Heeresdienst ihrem Wirkungskreis entzogenen Beamten mitgezählt werden. Tatsächlich läßt die Revision der Betriebe alles zu wünschen übrig.

Die Berichte der Berufsgenossenschaften weisen auf die erschreckende Zunahme der Unfälle besonders der weiblichen und jugendlichen Arbeiter hin. Sie sind ein weiterer Beweis für unsere Forderung auf Ausbau des Arbeiterschutzes und Wiederinkraftsetzung der Arbeiterschutzbestimmungen.

Danziger Nachrichten

Mein Haus, meine Burg

Angeregt durch den in unserer letzten Nummer veröffentlichten Bericht über die Gründung der „Freien Baugenossenschaft zu Danzig", stellt uns ein Freund unseres Blattes den nachfolgenden, sehr beachtenswerten Artikel zur Veröffentlichung zur Verfügung, dem wir gerne Raum geben. R. V.

Die bisherige kapitalistische Wirtschaftsweise hat vielfach bewirkt, daß der Mensch seinen natürlichen Zusammenhang mit dem Lande verloren hat. In der Mietskaserne und im Hinterhause ist ein Geschlecht herangewachsen, dem die Liebe zur Scholle, zum Wald und Feld fehlt. Ein Teil der städtischen Bevölkerung in den Großstädten, besonders die Familie mit Kindern, lebt infolge des Wohnungselends ohne Heimatgefühl dahin. Schon vor dem Kriege hat für die Minderbemittelten eine Wohnungsnot bestanden. Sie wurde jedoch von den allmächtigen Hausbesitzern geleugnet. Aber schon während des Krieges sehen sie sich außerstande, gegen die Wohnungsnot erfolgreich etwas zu tun. Die Wohnungspolitik der Haus- und Grundbesitzer hat vollständig Schiffbruch erlitten. Nach dem Kriege ist auf dem Wohnungsmarkt ein trauriges Ende zu befürchten. In den Großstädten fehlen tausende von kleinen Wohnungen. In Mannheim z. B. rechnet man den vorläufigen Bedarf an kleinen Wohnungen auf 3—5000.

Weite Kreise des deutschen Volkes sind daher gezwungen, sich selbst zu helfen, damit Mann, Frau und Kinder nicht obdachlos auf der Straße liegen. Der Gedanke und Wunsch, aus dem steinernen Meer der Großstadt wieder aufs Land hinauszukommen, hat besonders viele unserer Feldgrauen ergriffen. Männer, die nur gelegentlich Wochentags oder Sonntags ins Freie gekommen sind, erkennen jetzt als Soldaten wie eine Offenbarung, daß das Leben in Feld und Wald das natürlichste und gesündeste ist. Der Wille und Wunsch, ein eigenes Heim und eine eigene, kleine Scholle zu besitzen, ist daher berechtigt. Aber auch viele Frauen in den Großstädten erkennen bei der furchtbaren Lebensmittelknappheit den Wert und die Möglichkeit, sich das Nötigste zum Lebensunterhalt selbst zu beschaffen.

Die Gelegenheit, ein eigenes Haus mit Garten oder Land zu erstehen, ist bereits vor dem Kriege vorhanden gewesen. Jedoch nur für den Bemittelten. Die Minderbemittelten haben in der Mietskaserne oder im Hinterhause freudlos weiterleben müssen. Die Haus- und Grundbesitzer haben den Bestrebungen auf ein Eigenheim bisher vielfach ablehnend gegenübergestanden. Nur wenigen Stadtverwaltungen ist es gelungen, den Widerstand der Haus- und Grundbesitzer zu brechen, und die gemeinnützigen Bestrebungen der Minderbemittelten zur Gründung von Eigenheimen auch mit Geldmitteln zu unterstützen. Durch die Notwendigkeit, die zahlreichen Kriegsbeschädigten einigermaßen anständig zu versorgen, ist die Angelegenheit des Eigenheims und der Kleinsiedlung auch für große Kreise unseres Volkes in einen hoffnungsvolleren Zustand gekommen. Vorbildliches auf dem Gebiet des Eigenheims usw. hat der seit 1886 bestehende deutsche Verein: Arbeiterheim zu Bethel bei Bielefeld geleistet. Seine tätigen Bestrebungen auf dem Gbiete des Einfamilienhauses und der Garten- und Wirtschaftsstellen haben den Erfolg gehabt, daß in dem neuen Gesetz zur Förderung der Ansiedlungen in Preußen im Wege des Rentengutsverfahrens vier wichtige Bestimmungen enthalten sind:

1. es läßt die Gesetze über die Rentengüter für Kleinsiedlungen zu,
2. es bestimmt Beleihung der Stellen bis zu 90 % des Taxwertes,
3. es sichert den sog. Zwischenkredit, d. h. Geld, das zum Ankauf des Grundstücks und Bau des Hauses erforderlich ist, bis die Rentenbank die fertige Stelle beleiht,
4. es läßt eine Stundung der Renten für die ersten drei Jahre zu.

Es sollen gebildet werden:

1. Gartenstellen (Wohnheimstätten) mit 1250 Quadratmetern Gartenland;
2. Wirtschaftsstellen (Wirtschaftsheimstätten) mit mindestens 5000 Quadratmetern Land für Kriegsbeschädigte, die durch diese Ansiedlung mit den ihnen verbliebenen Kräften den Lebensunterhalt für sich und die Ihrigen beschaffen sollen.

An eigenem Kapital muß der Ansiedler haben:

bei Gartenstellen rund 800 Mark,
bei Wirtschaftsstellen rund 1000 Mark.

In der sehr beachtenswerten Schrift: „Die kleinste Landwirtschaft" schreibt der Verein:

„Noch niemals ist der Wert jedes Quadratmeters Boden für die Volksernährung so in das hellste Tageslicht gerückt, wie in der gegenwärtigen Kriegszeit. 1250 Quadratmeter reichen aus, um einer Familie von 8 Köpfen den gesamten Gemüse-, Kartoffel-, Fleisch-, Fett-, Milch-, Eier-, Butter- und Obstbedarf für das ganze Jahr in Fülle und bester Beschaffenheit für ein Drittel des im Handel für eine unzureichende Menge zu zahlenden Preises zu schaffen. Grund und Boden ist in Fülle vorhanden: denn: nur 3 % der Fläche des deutschen Reiches sind erforderlich, um 10 Millionen Familien, nur 3 % der Fläche des preußischen Staates sind erforderlich, um 6 Millionen Familien, jede mit 1250 Quadratmetern Gartenland anzusiedeln. Der Boden muß nur für Siedlungszwecke aufgeschlossen werden, dann wird er dem waghalsigen und zerrüttenden Geschäft der Grundstückshändler entzogen und billiger werden. Eine Bewegung, dies zu erreichen, ist im Gange."

Die Ansiedlung im Einfamilienhause ist die billigste und gesundeste Form der Ansiedlung. Nach dem Entwurf und der Ausführung des königlichen Baurats Siebold, Bethel bei Bielefeld, stellten sich die Kosten eines im Jahre 1906 errichteten Eigenheims aus 4 Wohnräumen einschließlich Küche (51,97 Quadratmeter Wohnfläche) auf 3507,49 Mark (1913: 4164,79 Mark). Luftraum der Wohnräume bei 2,80 l. L. = 145,51

Wie mir der Teufel 45 Mark abnahm

Eine wahre Geschichte von K. S.

Ich bin ein armes Arbeitsvieh. Geld habe ich nur, wenn ich meinen Lohn erhalte, denn ich habe bloß meine Arbeitskraft zu verkaufen. Deshalb bin ich auch nicht fromm. Aber ich glaube an den Teufel! Nicht an den mystischen Mephisto mit Schweif und Klauen, sondern an den imaginären, der in uns lebt. Jeder hat solche Teufelchen. Es sind gar angenehme Dinger, die uns freilich auch zu Streichen verlocken, die recht kostspielig sein können.

Vor einiger Zeit hat mich einer dieser Gefährten geplagt, ich müsse einen neuen Anzug haben, denn der alte sei doch gar zu schäbig. Ich besah mich im Spiegel, wieder und wieder. Grinsend saß mir der Schalk auf der Schulter und zeigte mir die Schäden meiner Leibeshülle. Ich ließ mich überzeugen, daß ich zum Gespött der Leute herumlaufe.

Was tun? Ein neuer Anzug soll ein Handwerkermeister-Sparkassenguthaben kosten. Wer soll sich das leisten? Aber schließlich kann man ja mal nachsehen. Also auf die Bezugsscheinstelle.

Hier geht es sehr korrekt her. Außerordentlich gewissenhaft. Selbstverständlich zweifelt daran kein Mensch, denn es ist eine Behörde. Eine sehr wichtige Behörde, und demzufolge kommen sich die Angestellten noch wichtiger vor. Besonders die Damen. Ein solches Fräulein fragte mich nach meinem Begehr, das heißt, sie sah mich mit amtlicher Liebenswürdigkeit über ihren Kneifer an. Dann aber schien sie sehr entrüstet, daß auf meiner Registerkarte im vierten Kriegsjahr noch nichts verzeichnet stand. „Haben Sie noch nichts bezogen?" klang es grollend zu mir über die Schranke. Auf das „Nein" kam ein etwas nicht amtliches „Müssen Sie aber gehamstert haben!" herüber. Ich hätte eine treffende Grobheit erwidern können, aber ich weiß von früher her, daß einem amtlichen Organ gegenüber die Freiheit des Denkens besser angebracht ist, als die des Redens. Also dachte ich und das recht kräftig. Außerdem sprach ich höflich meinen Wunsch aus, einen neuen Anzug kaufen zu dürfen. Mit hochgezogenen Augenbrauen teilte mir die weibliche indirekte Reichsbehörde mit, daß ich einen alten Anzug abzuliefern hätte, wenn ich einen neuen kaufen möchte. Darauf ging mir sogar das Denken verloren.

Dann aber zog ich mich wieder in das Dunkel meines Privatlebens zurück und stellte Betrachtungen an, innere und äußere. Schließlich gab ich doch dem Kitzeln des Teufelchens nach, packte meinen alten Anzug zusammen und schleppte ihn auf die Kleiderabgabestelle. Viel zu verächtlich für meinen Trennungsschmerz wurde hier die alte Haut trotz ungeflickten Hosenbodens mit nur 15 Mark bewertet und beiseite gehängt. Ich besah mir andächtig die drei Fünfmarkscheine und tröstete mich, daß irgendein noch ärmerer Bursch den immer noch leidlichen Anzug erhalten würde.

Nun holte ich mir einen Bezugsschein, mit dem ich auf die Suche ging nach einem Kleidungsstück, das meinen Anforderungen genügen könnte. Es war ein Dornenpfad. Neun Herrengarderobegeschäfte bewiesen mir, daß der alljährliche Bezugsschein auf einen solcher Anzüge dazu dienen solle, die Menschheit zum Feigenblatt zurückzuführen. Wenn dies nicht inzwischen für die Raucher reserviert wird! Länger als ein Vierteljahr können diese Hüllen aus Papier und Baumwollresten für männliche Menschen nicht halten. Dazu die Preise, die Preise! Mein Teufelchen duckte sich immer mehr. Es verkroch sich schließlich ganz, und in mir reifte mit Macht der Wunsch, meine alte, wollige, mollige Kleidung wiederzugewinnen.

Auf der Kleiderabgabestelle Achselzucken! Man könne doch nicht jedem seine einmal abgelieferten Sachen zurückerstatten. Nein; auch sei der Anzug nicht mehr da. Auf meine demütige Frage, wo er hin sei, erhielt ich den Bescheid, daß ihn ein Schneider gekauft habe. Hm! Hm! Sollten das die ganz Aermsten sein? Schließlich erhielt ich die Adresse.

Auf einer Art Taubenschlag in einem dunklen Winkel der Altstadt fand ich den Bekleidungskünstler und bei ihm die abgelegte Garnitur. Welch ein freudiges Wiedersehen! Mit schmeichelnder Hand strich ich über mein altes Fell.

„Lieber Herr! Dies war mein Anzug, den ich wieder zurück haben möchte. Ich habe von der Kleiderabgabestelle 15 Mark erhalten. Hier ist der Draht, geben Sie mir bitte die Montur zurück!"

Ueberlegen lächelnd hockte das Schneiderlein auf seinem Arbeitstisch, trennte munter von meinem alten Rock den Kragen ab und — schwieg.

Ich unternahm einen neuen Sturm auf das Schneidergemüt, aber es nützte nichts. Schließlich, als ich eine donnernde Rede geschwungen und mächtig auf den Tisch geschlagen, erklärte mir der Mann, daß er der Stadt 30 Mark für das Anzügelchen gezahlt habe, und fügte hinzu: „Ja, mein Lieber, die Stadt duhts nich unner hunnert Prozent; un mir, mir müssen aach hunnert hamm!"

Jetzt war die Reihe des Schweigens an mir. Das war ja zum Anzeigen! — Wo ist denn die Polizei? — Ach, du heiliger Magistrat von Neukölln! — Kriegswirtschaft! — Verfluchte Wirtschaft! —15 Mark plus 100 Prozent sind 30 Mark plus 100 Prozent sind 60 Mark! — — —

Ich versuchte nun von der Gewaltpolitik zum Verständigungsfrieden zu gelangen, denn je mehr ich meinen alten Anzug ansah, desto schöner kam er mir vor. Aber der Schneider blieb dabei, er müsse 60 Mark haben. Dafür werde der Anzug schön zurechtgemacht, gereinigt und aufgebügelt. Es half nichts, ich mußte nachgeben.

Nach acht Tagen ratifizierte ich den Friedensvertrag mit einer Anzahlung von 30 Mark und kam so wieder in den Besitz meiner guten, alten Haut. Sie sah gar nicht so übel aus. Aber, verflucht nochmal, das hätte ich billiger haben können: fünfundvierzig Mark! 15 Mark hat die Stadt geschluckt für nichts und einen Bezugsschein, und 30 Mark der alte Flickschneider. Sie seien ihm gegönnt, denn er hat dafür schaffen müssen.

Aber wer ist schuld? Nur mein Teufelchen Eitelkeit, es hat mich um die 45 Mark gebracht. — Oder die Kriegswirtschaft? O, wer wird so etwas sagen, bei unseren vortrefflichen Einrichtungen. . . .

Aufstellung. Ein vollständig ausgebautes und bezugsfertiges Kleinsiedlungsgrundstück kostet in Bethel:

1. Grundstück 1250 qm zu 1,50 Mk. = 1875,00 Mk.		
Straßenfläche 75 „ „ 1,50 „ = 112,50 „		1987,50 Mk.
2. Straßenbaukosten		200,00 „
3. Abfindung an die Gemeinde für erhöhte Schullasten		300,00 „
4. Entwässerung		45,00 „
5. Haus mit Brunnen, Pumpe und Umfriedigung bezugsfertig		4500,00 „
	zusammen	7032,50 Mk.
Davon werden 5½ % für Verzinsung, Tilgung, Abgaben und Instandhaltung erforderlich, jährlich		386,78 Mk.
Hiervon abzuziehen sind aus der Scholle von 1250 Quadratmeter Größe erfahrungsgemäß zu erzielenden Erträge zu Gunsten des jährlichen Haushaltsgeldes mit		200,00 „
Verbleiben für Wohnungsaufwand		186,78 Mk.

jährlich, aber einschließlich der Tilgungsbeiträge der Hypotheken.

Mögen die vorstehenden Ausführungen mit dazu beitragen, den Gedanken des Eigenheims und der eigenen Scholle in immer weitere Kreise der Bevölkerung hineinzutragen und diese zur erfolgreichen Selbsthilfe zusammenzuschließen, damit zum Segen der Menschheit ein neues Geschlecht erwachse, das mit Recht von sich, wie unser Goethe, sagen kann: „Auf freiem Grund, mit freiem Volke stehen.“ E. F.

Heim und Heimat

Ein grelles Schlaglicht auf die bestehende und sich noch verschärfende Wohnungsnot wirft die folgende Anzeige, die dieser Tage, nach dem „Vorwärts“, in einer Lichterfelder Ortszeitung zu lesen war:

Nachdem wir mit unseren vier Kindern, obwohl wir uns bereit erklärt hatten, jede Mietserhöhung zu bewilligen, ausgemietet worden sind, ist es uns nicht möglich, unserer Kinderzahl wegen eine Wohnung zu finden. Wir bitten patriotisch und vornehm denkende Mitbürger um Mietsangebote von 5-Zimmer-Wohnungen zum 1. Oktober 18 oder früher.

D . . . H . . . und Frau, Lichterfelde (West), Drakestraße.

Der Appell an den Patriotismus scheint uns allerdings recht nutzlos zu sein, weil leider sehr viele Hauseigentümer den Besitz von Kindern bei den Mietern überhaupt für unpatriotisch und den Besitz vieler Kinder sogar für unverantwortlich halten. Wenn aber die Wohnungsnot schon in Kreisen sich fühlbar macht, die sich eine 5-Zimmer-Wohnung leisten können, dann läßt dies einen Schluß zu, wie es in dieser Beziehung erst in den minder bemittelten Schichten aussehen muß.

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt.

Auf die am Montag den 22. April stattfindende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt weisen wir auch an dieser Stelle hin. Die notwendig gewordene Erhöhung der Beiträge soll in dieser Versammlung beraten und beschlossen werden. Auch die Neuwahlen des Vorstandes erfordern die Anwesenheit aller Mitglieder.

Die Frau als Mutter und Staatsbürgerin.

Ueber dieses Thema sprach die Genossin Juchacz-Berlin in öffentlichen Frauenversammlungen, die in Graudenz, Elbing und Danzig stattfanden und einen guten Verlauf nahmen. Die Rednerin führte folgendes aus:

Der Kampf der Frau um bürgerliche und politische Gleichberechtigung mit dem Mann ist in der letzten Zeit nicht erfolglos geblieben. In Amerika, Rußland, Skandinavien und England ist den Frauen das Wahlrecht verliehen worden. Nur in Deutschland sträubt man sich noch immer mit allen Mitteln gegen diese nur zu berechtigte Forderung. Als vor einiger Zeit eine Frauen-Abordnung bei der Regierung und den Parteien betreffs des Wahlrechtes vorstellig wurde, erklärte der Minister Dr. Drews, daß durch Gewährung des Wahlrechtes die Erziehungstätigkeit der Frau leiden würde. Der konservative Abg. v. Kries lehnte im Namen seiner Partei das Frauenwahlrecht ab, „da seine Freunde die Frau nicht in den Dreck ziehen möchten.“ Eine eigenartige Auffassung des konservativen Abgeordneten vom politischen Kampf. Wie notwendig die Mitarbeit der Frau bei der Gesetzgebung ist, zeigen die jetzt dem Reichstag vorliegenden Gesetzesvorlagen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Geburteneinschränkung. Beide Vorlagen bedeuten tiefe Eingriffe in die Rechte und Freiheiten der Frau, dennoch hat sie nicht das Recht der Mitbestimmung. Gleich wichtig wäre ihre Mitarbeit auf dem Gebiet der Wohnungsfrage, die während des Krieges einen ganz bedrohlichen Charakter angenommen hat. Auch viele andere Gebiete des öffentlichen Lebens wie Kinderschutz, Bevölkerungspolitik, Gesundheitspflege usw. würden für die Massen des arbeitenden Volkes viel segensreicher sein, wenn die Frau in den gesetzgebenden Körperschaften mitreden dürfte. Die einzige Partei, die für die politische Gleichberechtigung der Frau eintritt, ist die Sozialdemokratie. Ihre Macht und ihren Einfluß durch Ausbreitung der Organisation zu stärken, muß die Aufgabe aller Frauen sein.

In der Danziger Versammlung schloß sich an den Vortrag eine längere Aussprache. U. a. wies Genossin Wohlgemut auf die Mißstände in den Kinderkrippen hin. Frau Käthe Leu wollte einzelne Mißstände nicht verallgemeinert wissen. Die bürgerlichen Damen betätigen sich mit großer Liebe in der sozialen Fürsorge. Es dürfe nicht nur immer Kritik geübt werden, sondern man müsse selbst praktisch mitarbeiten. (Die Worte sind von Frau Leu um so verwunderlicher, als ihre Parteifreunde, die „Unabhängigen“, der Sozialdemokratie die praktische Mitarbeit als Arbeiterverrat zum Vorwurf machen. Red. d. V.) Nach weiteren Ausführungen der Genossin Temp und der Genossen Gehl und Krahn wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Ueber die politische Lage

wollte am Dienstag der nationalliberale Führer Abg. Dr. Stresemann in der Sporthalle in Danzig reden. Sein etwa zweistündiger Vortrag war aber nichts anderes, als eine, mit allen rhetorischen Mitteln geschmückte Annexionistenrede, die bei den zahlreich erschienenen Nationalliberalen lebhafte Zustimmung fand. Der Redner, der über glänzende Rednergabe verfügt, beschäftigte sich zunächst mit den Kriegsursachen. Er glaubte nicht, daß die verschiedenen Telegramme der Regierungen ein richtiges Bild von den Kriegsursachen gäben. Jede Regierung veröffentlichte nur die Telegramme, die für ihre Beweisführung paßten. England hat den Krieg mit zäher Ausdauer mathem[atisch] und gut vorbereitet. 1912 verlangte ein amerikanischer Minister in einer von 12 000 Teilnehmern besuchten Versammlung die Vernichtung Deutschlands. Jeder Kaufmann draußen wußte, daß der Krieg ausbrechen werde, nur unsere Diplomaten wußten es nicht. Daß uns Rumänien und Italien von England abspenstig gemacht wurden, ist ein Zusammenbruch unserer diplomatischen Kunst. Hier zeigte sich nicht der Niederbruch eines Volkes, sondern der Niederbruch eines Systems. Gegen den Schlußsatz der Lychnowskischen Denkschrift könne man nur das Gefühl der Verachtung haben. Die Diplomatie müsse besser ausgestaltet werden. Das will eine von 100 deutschen Kaufleuten unterschriebene, dem Reichstag vorliegende Denkschrift erreichen, die Redner befürworten wird. Nur in Deutschland könnte die Frage auftauchen, ob Hindenburg für einen guten Frieden reden dürfe. Der letzte Vormarsch unserer Heerführer in Rußland habe den Krieg nicht verlängert, sondern uns den Frieden gebracht.

Die bisherige nationalliberale Forderung nach einem Machtfrieden, Annexionen und Entschädigungen, hatte natürlich in Dr. Stresemann einen energischen Vertreter. Er begründete diese Forderungen recht eingehend und verhöhnte diejenigen Kreise, die einem Verständigungsfrieden das Wort reden. „Es ist eine Traumidee“, rief er begeistert aus, „zu glauben, auf dem Wege der Verständigung zum Frieden zu kommen.“ Ebenso entschieden lehnte Stresemann den Gedanken eines Weltschiedsgerichts ab. „Einem Weltschiedsgericht, unter Vorsitz eines Wilson, kann Deutschland sein Schicksal nicht anvertrauen.“ Auch von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wollte der Redner nichts wissen. Er machte das Recht eines Volkes, über seine Zugehörigkeit selbst zu entscheiden, abhängig von seiner Kulturhöhe. Eine Selbständigkeit von Staaten an unserer Ostgrenze sei ein Unding, das vom deutschen Standpunkt aus nicht geduldet werden könne. Ueber diese Frage haben Hindenburg und Ludendorff zu reden und die anderen zu schweigen. Diese politische Bankerotterklärung hatten wir von diesem Politiker nicht erwartet. Daß Flandern von Belgien abgerissen und unter deutscher Oberhoheit gestellt wird, hielt Redner schon aus dem Grund für nötig, um von Flanderns Küste aus England zu bedrohen mit mit dem Mund unserer Kanonen und es dadurch in Schach zu halten für alle Zeiten.

Unsere Aufwendungen für den Krieg müssen uns zurückerstattet werden, das gilt auch für den Frieden im Westen.

Einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege fürchtete der Redner nicht, weil Deutschland nicht nur empfangendes, sondern auch gebendes Land sei. Den Staatssozialismus lehnte Stresemann ab. Er beklagte die Differenzierung in der Behandlung der körperlichen und geistigen Schwerarbeiter. Mit diesem Begriff müsse aufgeräumt werden. Bei dieser Gelegenheit warb der Redner recht geschickt um die Gunst des Mittelstandes für die Nationalliberale Partei.

Ueber die Wahlrechtsfrage wollte Stresemann nicht sprechen. Doch meinte er, daß diese Frage für die Zusammensetzung der Parlamente überschätzt würde.

Ueber alle möglichen außenpolitischen Fragen konnte Stresemann zwei Stunden lang reden, aber über die jetzt brennende Frage des Preußenwahlrechts, die doch nur durch das ablehnende Verhalten eines Teils der preußischen Nationalliberalen in dieses heikle Stadium geraten ist, „durfte“ er sich nicht äußern. Was hinderte ihn daran? War es die Rücksicht auf seine preußischen Freunde, die das gleiche Wahlrecht ablehnen, oder wollte der nationalliberale Verband für Westpreußen vom gleichen Wahlrecht nichts hören? Verbot er etwa dem Redner die Frage anzuschneiden? Die Wahlrechtsfrage hätte vor allen Dingen erschöpfend behandelt werden müssen. Daß das unterblieben ist, kennzeichnet die ganze Veranstaltung als echten, nationalliberalen Theaterdonner.

Eine freie Aussprache fand nicht statt.

Am Schluß der Versammlung stimmte der unvermeidliche Dr. John das Lied an: „Deutschland, Deutschland, über alles“, das die Versammelten begeistert mitsangen.

Erledigte Stadtverordneten-Mandate.

Gegen das stattgehabte Wahlverfahren der Stadtverordnetenwahl für die 3. Abteilung im 2. Abstimmungsbezirk am Freitag den 27. Oktober 1916, haben die Genossen Gehl und Jäpel am 31. Oktober 1916 mit Erfolg beim Magistrat Einspruch erhoben. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärte damals die Wahl der bürgerlichen Kandidaten Krause und Jost für ungültig. Daraufhin klagte Krause beim Bezirksausschuß gegen die Ungültigkeitserklärung. Der Bezirksausschuß hat am 25. März Abweisung der Klage beschlossen.

Eine eigenartige christliche Metallarbeiterversammlung

fand am Dienstag dieser Woche im Josephshause statt. Eingeladen waren durch Handzettel, die — Küchenmädchen der städtischen Speisehallen. Stadtv. Gaikowski hatte das Referat übernommen. Nach einem uns zugegangenen Bericht führte er etwa folgendes aus:

Die harte Schule der Organisation, hat dem Arbeiter Unterordnung gelehrt. Die Organisation will die Hebung des vierten Standes. Sie erstrebt die Gleichberechtigung. Die Gegner haben dafür nur Hohn. (Auch Gaikowski hat dafür nur Hohn. Das zeigte sich anläßlich der Wahlrechtsdebatte in der Stadtverordnetenversammlung, wo er das Wahlrecht für Frauen und Kinder — über 20 Jahren — ablehnte. R. V.) Ich bin selbst Arbeiter und habe bis zum 28. Jahre meines Lebens in der Fabrik gearbeitet. Ich bin 8 Tage Geschworener gewesen. (Auch das noch. R. V.) Das sind die dunkelsten Tage meines Lebens. Meine Mutter würde die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn sie sehen würde, daß ich Reden halte und als Stadtverordneter tätig bin. (Darin hat Gaikowski zweifellos recht. Denn das tun auch andere vernünftige Leute, die ihn näher kennen. R. V.) Auch in der Ortskasse bin ich tätig. (Leider. R. V.) Ich bin Mensch, erhaben, schön und groß, so sollte jeder von sich denken. Nach dieser eigenen Beweihräucherung führte dieser Volksvertreter weiter aus: Wir wollen Sie aus dem Pfuhl, in dem sie bisher gesteckt haben, herausheben. Mein Vater war Handwerker und erhielt 1,80 Mark den Tag. Jetzt würde man darüber lachen. Die Arbeiterinnen und wer da sonst noch was zu sagen hat, haben sie nicht über die Schulter angesehen. Ein Arbeiter erhält 70 Mark den Monat. Er forderte eine Erhöhung, da fragte ihn ein Herr der Verwaltung, wofür? Es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß Mädchen, die schon etwas gewichster waren, entlassen wurden. Das ist ein frivoles Spiel, das da getrieben ist. Monatsgehälter von 30, 35 und 50 Mark sind keine Seltenheiten. Ich habe dafür gesorgt, daß die Kassiererinnen mit 15 Mark Zulage aufgebessert wurden. Eine Dame B. lasse sich Butter und Eier von den Mädchen mitbringen, und diese würden besser gestellt wie die andern (?). Jeglicher Beschreibung spottet der Lohn von 17,50 Mark. Von diesem kargen Lohn geben die Mädchen noch 3 bis 6 Mark für Butter für Frau B. aus. Ich bin auch nicht frei davon und nehme auch Butter wenn ich welche bekommen kann, doch unerhört ist, wenn die Mädchen die Butter diesen Damen geben. Mögen sie selber aufs Land gehen. Wenn 10 Mädchen morgen sagen, wir kommen nicht mehr zur Arbeit, dann gibt es andere dafür. Aber kommen 150 Mädchen mit dem Organisationsleiter, dann kann der Magistrat nicht ablehnen. Der Verband kostet Geld, wenn wir jetzt durch ihn 5 Pfennig Lohnerhöhung die Stunde herausholen, hat sich das Geld schon bezahlt. Die Arbeitszeit muß verkürzt werden. Wenn ihnen morgen jemand im Betriebe etwas sagt, oder zur Rede stellt, daß Sie im Verband sind, dann kommen sie sofort zu mir. Dann möchten wir mal sehen, wenn der Danziger Magistrat etwas dagegen hätte.

In diesem Sinne ging es noch eine ganze Weile lustig weiter. Unser Berichterstatter bemerkt dazu noch, daß unter der Manitterschen Leitung die Mädchen nur 1,50 Mark pro Tag erhielten, jetzt aber 2,50 und 3 Mark gezahlt werden.

Uns ist nicht leicht verständlich, was diese Küchenmädchen im christlichen Metallarbeiterverband sollen. Ist er schon soweit auf den Hund gekommen, daß er Mitglieder unter den Küchenmädchen der städtischen Speisehallen werben muß?

Die Küchenmädchen zu organisieren ist Sache des Verbandes der Hausangestellten. Dieser Verband ist auch bereits nach dieser Richtung hin in Tätigkeit getreten.

Die wirtschaftliche Lage der Angestellten.

Eine öffentliche Versammlung für das Personal der Danziger Speisehallen tagte am Sonnabend den 13. April im Lokale Schönherr, Tischlergasse. Frau Käthe Leu, vom Zentralverbande der Hausangestellten, sprach über die wirtschaftliche Lage der Angestellten. In leichtverständlicher, überzeugender Weise schildert Rednerin die Stellung der Frau in früheren Zeitabschnitten. Sie durfte als gleichberechtigt mit dem Manne in allen öffentlichen Fragen mitsprechen. In der Zunftzeit, der Zeit des Kleinhandwerks, war die Frau und Mutter das, wozu sie von Natur bestimmt war; Erzieherin der Kinder, Hüterin der trauten Häuslichkeit. Die gewaltigen Umwälzungen auf dem Gebiete der Gütererzeugung haben eine vollständig neue Form der Produktion gebracht. An Stelle des handwerksmäßigen Betriebes trat der industrielle Großbetrieb mit seiner gewaltigen Arbeitsteilung. Arbeiten, die früher nur von kräftigen Männerhänden verrichtet werden konnten, erfordern jetzt nur Bedienung der Maschinen. Die Frau wird in den Produktionsprozeß hineingezogen. Wenn vor dem Kriege schon Millionen Frauen werktätig beschäftigt waren, so hat der Krieg geradezu revolutionierend gewirkt. In allen Industriezweigen sehen wir heute die arbeitende Frau, das sogenannte schwächere Geschlecht Arbeiten verrichten, die ihnen vor dem Kriege durch Reichsgesetze verboten waren. Wer hätte jemals ernstlich daran glauben wollen, daß Frauen Eisenbahnschaffnerinnen werden, oder unangenehm schmutzige Arbeit der Müllabfuhr verrichten werden. Die in städtischen Speisehallen Beschäftigten üben gegenüber den Frauen, die Granaten drehen müssen, eine angenehme Tätigkeit aus. Wenn auch die Beschäftigung des Personals der Danziger Speisehallen eine bessere ist, so soll damit aber nicht gesagt werden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse keiner Verbesserung bedürfen. Wir, als Vertreter der freiorganisierten Arbeiter, wissen dies ganz genau und sind auch ständig bemüht, mit aller Kraft die Löhne zu erhöhen. Dies kann aber nur durch die Organisation geschehen. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß der christliche Metallarbeiterverband für das Personal der Danziger Speisehallen unzuständig ist. Hier kann nur der Verband der Hausangestellten in Frage kommen. Rednerin rechnet scharf mit dem christlichen Arbeitersekretär Gaikowski ab, der in einer Versammlung für das Personal der Danziger Speisehallen die Löhne einer Kritik unterzog. Wenn der christliche Arbeitervertreter als Stadtverordneter in dieser Weise die vom Magistrat gezahlten Löhne kritisiert, wenn er erkannt hat, daß dieselben viel zu gering sind, dann erwächst ihm als Arbeitervertreter und Stadtverordneter die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, mit allen Mitteln eine Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen anzustreben. Leider können wir solches nicht sagen. Ueberall, wo Verbesserungen zugunsten der Beschäftigten durchgeführt wurden, ist es auf Anregung der freiorganisierten Arbeitervertreter geschehen, die jetzt seit Jahresfrist in der Verwaltung und Ueberwachung der Speisehallen praktisch tätig sind. Hierdurch ist der Beweis erbracht, daß der christliche Arbeitervertreter wohl gern die Arbeiterinnen in seinen Metallarbeiterverband aufnehmen möchte, sonst aber herzlich wenig für die Arbeiterinnen der Speisehallen getan hat. Mit einem warmen Appell, Mitglieder des Zentralverbandes der Hausangestellten zu werden, schließt Rednerin ihre Ausführungen.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit der Organisation auch für die in städtischen Diensten stehenden Arbeiter- und Arbeiterinnen unterstrichen. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Eine größere Zahl der Anwesenden erklärte sofort den Beitritt zur Organisation.

Durch diesen Akt wird auch dem christlichen Arbeitersekretär Gaikowski zum Bewußtsein kommen, daß er die Hände von Dingen zu lassen hat, für die sein christlicher Metallarbeiterverband nicht zuständig ist und von denen er absolut nichts versteht.

Der deutsche Bauarbeiterverband

hielt am 14. April seine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1918, 2. Bericht vom Verbandstag, 3. Vereinsangelegenheiten. Der Kassierer Haß gab den Kassenbericht. Die Ein- und Ausgaben für die Hauptkasse balanzierten mit 4098,15 Mark. Für

die Jugendabteilung hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 38,70 Mark. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme, inklusive Kassenbestand von 9516,25 Mark. Die Ausgabe beträgt 2103,88 Mark. Als Kassenbestand verblieben 7412,37 Mark. Die Zahl der Mitglieder beträgt am Quartalsschluß 596. Die Jugendabteilung zählt 24 Mitglieder. Dem Kassierer wurde auf Antrag des Revisors, Kollegen Krüger, Entlastung erteilt.

Vom Verbandstag in Nürnberg berichtete der Kollege Haß. Auf dem Verbandstag wurde von einigen Delegierten die politische Stellung des Hauptvorstandes und des Grundsteins, kritisiert. Auch ist man mit dem Verhalten der Generalkommission nicht einverstanden. Das Hilfsdienstgesetz wurde einer Kritik unterzogen. Der Tarifvertrag wurde bis zum Jahre 1919 verlängert. Ein neues Reichstarifmuster konnte der Verbandstag noch nicht beraten, weil das Arbeitskammergesetz erst durchgebracht werden muß. Erst dann können andere Bestimmungen in den Tarifvertrag aufgenommen werden. Der neue Statutenentwurf wurde mit einigen Abänderungen angenommen. Die Mitglieder erhalten demnach auch im Januar und Februar Arbeitslosenunterstützung. Die Karenzzeit wurde mit 6 Tagen beibehalten. Das neue Statut tritt am 1. Juli in Kraft.

In der Diskussion erklärte Kollege Voß, daß es nicht notwendig war, während der Kriegszeit einen Verbandstag einzuberufen. Er befürchtet, wenn diese Taktik so weiter geht, daß die Verbände in das Fahrwasser der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften hineinsegeln werden. Er empfahl zum Schluß, den Grundstein eifrig zu lesen. Kollege Kobusch erwidert hierauf, daß die Mitglieder schon über die Arbeiten der Verbandstage wachen werden. Auch Kollege Haß zerstreute die von Voß geäußerten unverständlichen Bedenken. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Kollege Voß beschwerte sich darüber, daß der Arbeitersekretär Jäpel einigen Kollegen keine Auskunft erteilt habe, weil sie eine andere politische Meinung vertreten. Haß versprach den Fall zu prüfen und für Abhilfe zu sorgen. Zum Schluß wies Kobusch noch auf die „Freie Baugenossenschaft" hin und empfahl sich recht rege daran zu beteiligen.

Deutscher Eisenbahnerverband.

In drei zahlreich besuchten Eisenbahnerversammlungen in Danzig, Stolp und Dirschau referierte Kollege Kotzur-Berlin über das Thema: „Der Eisenbahner und der preußische Landtag". Einleitend betonte der Redner in allen drei Versammlungen, daß die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes für die Kriegführung unbedingt notwendig sei. Eine, auch nur teilweise Stillegung der Eisenbahnen, wäre ebenso verhängnisvoll für militärische Maßnahmen, wie für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Wir halten deshalb daran fest, daß der Streik nicht in Anwendung gebracht werde, erwarten aber auch die Erfüllung unserer berechtigten wirtschaftlichen Forderungen, die dem Eisenbahner die Bestreitung des Lebensunterhaltes für sich und seine Familie ermöglichen sollen. Als das geeignete Mittel, die wirtschaftlichen Forderungen durchzusetzen, bezeichnete der Redner eine lückenlose moderne Gewerkschaft, wie sie der Eisenbahnerverband darstellt.

Die Ausführungen fanden in allen drei Versammlungen lebhaften Beifall. In Stolp versuchten einige Anhänger des Berlin-Trier-Verbandes die Ausführungen des Referenten und die des Bezirksleiters zu widerlegen. Sie wurden aber von beiden Referenten unter großem Beifall der Anwesenden in gebührender Weise abgefertigt. Diese Versammlung brachte dem Berlin-Trier-Verbande eine glatte Niederlage. Der größte Teil der Anwesenden erklärte seinen Beitritt zum Deutschen Eisenbahner-Verband. Dasselbe war auch in Dirschau der Fall.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten

Ueber die Verhandlungen des Bundestages der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten in Weimar, haben wir bereits berichtet. Jetzt hat die Danziger Ortsgruppe zu dem Ergebnis des Bundestages in einer gut besuchten Mitgliederversammlung im Gewerbehause am Sonnabend Stellung genommen. Der Delegierte Bruno Schmidt hielt den einleitenden Vortrag. Er stellte fest, daß der Reichsbund bereits über 25 000 Mitglieder in 200 Ortsgruppen verfügt. Meinungsverschiedenheiten konnten ausgeglichen und einheitliche Beschlüsse gefaßt werden.

Der Reichsbund erstreckt sich jetzt über das ganze Reich und teilt sich in Gaue mit Ortsgruppen. Ein eigenes Preßorgan steht zur Verfügung und soll weiter ausgebaut werden. Der Reichsbund ist politisch und religiös neutral und nimmt Mitglieder aller Parteien und Konfessionen auf. Besonders stützt er sich auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Bei den Fürsorgeeinrichtungen wünscht man beteiligt zu sein. Bei den Ansprüchen will man den Rechtsweg zugelassen wissen. In den Spruchinstanzen sollen auch Kriegsbeschädigte mitwirken. Eine Reihe kleiner Verbesserungen, die die Praxis ergeben hat, werden vorgeschlagen. Operationen sollen nur mit Einwilligung des zu Operierenden vorgenommen werden. Ersatzglieder sollen bei der Rentenzumessung nicht als natürliche Glieder gerechnet werden. Ein Reichsgesetz soll die ganze Kriegsbeschädigtenfürsorge regeln. Baugenossenschaften sollen für gute und gesunde Wohnungen sorgen. Die innere Kolonisation soll betrieben werden. Ein anderes Bodenrecht wird verlangt. Der Wertverminderung des Geldes durch die vermehrte Ausgabe von Tauschmitteln soll Rechnung getragen werden, indem die Renten so lange erhöht werden, wie die Tauschmittel in dem verstärkten Maße ausgegeben werden. — An die Darlegungen knüpfte sich eine Aussprache. Der Monatsbeitrag wurde auf 80 Pfennig festgesetzt. In einer Entschließung erklärte man sich mit den Beschlüssen des Bundestages einverstanden.

Die Lustbarkeitssteuer wird erhöht

Der Magistrat legte der letzten Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag auf Erhebung eines Zuschlages zur Lustbarkeitssteuerordnung vom 3. Mai 1916 vor. Er will damit neue Einnahmen für den Stadtsäckel schaffen und glaubt, daß der geforderte „geringe" Zuschlag — von 50 Prozent — von den Besuchern der überfüllten Vergnügungsstätten für die Erholung, die sie haben, zugunsten der Gemeinde entrichtet werden wird. Stadtv. Brunzen verlangt auch die höhere Besteuerung der Wohltätigkeitsveranstaltungen, der vom Magistratstisch zugestimmt wird. Ohne weitere Debatte wird die Erhöhung beschlossen.

Wir erinnern daran, daß schon einmal vom Stadtv. Ehm verlangt wurde, die Kinos höher zu besteuern. Er meinte damals, Soldaten und Kriegsbeschädigte, die keine Steuer bezahlen, aber die Kinos besuchen, müßten wenigstens zur Zahlung einer Lustbarkeitssteuer herangezogen werden. Sein Wille ist nun geschehen. Kein einziger Stadtverordneter hatte ein Wort gegen diese, im höchsten Grade ungerechte geistige Erholungssteuer, die die Lustbarkeitssteuer zweifellos ist, etwas einzuwenden, obwohl es doch zweifellos feststeht, daß diese Steuer die Armen viel mehr trifft, als die Besitzenden. Auch das ist ein Zeichen der Zeit.

„Erde." Tragikomödie von Karl Schönherr.

Der Tiroler Karl Schönherr hat mit seinen bisher erschienenen Dramen große Bühnenerfolge erzielt. Wir erinnern nur an seine religiös gefärbten Dramen „Sonnwendtag" und „Glaube und Heimat". Sein realistisch packender „Weibsteufel" wurde leider nach wenigen Aufführungen auf unserer Bühne verboten. Die Tragikomödie „Erde" wurde mit dem Schillerpreis gekrönt. Sie gibt einen kraftvoll gezeichneten Ausschnitt aus dem Leben der Tiroler Bauern. Alle hängen mit heißer Liebe am heimatlichen Boden: Der alte Grutzhofbauer, der trotz seines Greisenalters die Wirtschaft weiter verwaltet, sein Sohn, der des Weibes entsagte, um beim Vater als Knecht zu bleiben, und die beiden Frauengestalten, die Wirtschafterin und die Magd, die auf den Tod des Alten warten in der Hoffnung, dann durch Heirat des Sohnes Bäuerin zu werden. Aber der Alte erweist sich als eine kräftige, bodenständige Natur. Nachdem sich schon alle auf seinen Tod eingerichtet haben, bringt ihn die alles belebende Frühlingssonne wieder zu neuen Kräften.

Die Pläne der Jungen werden so zuschanden und in neu erwachtem Kraftgefühl zertrümmert er den selbst bestellten Sarg.

Die Neueinstudierung am Mittwoch bot recht erfreuliche Leistungen. Vor allem war Linke-Lübau in der Person des alten Grutzhofbauern eine prächtig gezeichnete bäuerliche Type. Die beste Leistung neben ihm war das Totenweible Jenny von Webers. Erich Klopsch gelang der schwankende, etwas trottelhafte Sohn ausgezeichnet. Von den übrigen Darstellern seien noch genannt Maria Vera als die kraftstrotzende, beschlagene Wirtschafterin, Marie Buchholz als ihre Nebenbuhlerin und Georg Harder, der als Großknecht in Sprach und Spiel eine natürlich gezeichnete Volkstype bot. lo.

„Das Jesus-Christus-Problem."

Ueber dieses religionsphilosophische Thema wird Donnerstag den 25. April, abends 8 Uhr, im großen Festsaal des „Danziger Hofs" der freireligiöse Prediger und philosophische Schriftsteller Taesler auf vielseitigen Wunsch und auf Aufforderung der „Freien philosophischen Vereinigung Danziger Schopenhauer Freunde" einen öffentlichen Vortrag, den letzten vor der Sommerpause, halten, der bereits in 17 deutschen Städten, stets bei glänzendem Besuch, stattgefunden hat. Redner behandelt u. a. die Ergebnisse der wissenschaftlichen Jesu-Forschung (Ist Jesus Mythos, Gott oder Mensch?), die Lehre Jesu, die Christusidee, und wird die Frage: „Können wir heut noch Christen sein?" beantworten. Der Vortrag dient lediglich wissenschaftlicher Aufklärung und trägt keinerlei aggressive Tendenz. Diskussion wird gegeben. Die Benutzung des Vorverkaufs ist zu empfehlen. Das Nähere besagt die Anzeige in dieser Zeitung.

In den April geschickt.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in Nr. 14 unseres Blattes eine Notiz, wonach den Besuchern des Wilhelmtheaters am 1. Osterfeiertag zur Nachmittagsvorstellung eine unangenehme Ueberraschung in sofern zuteil wurde, weil die Vorstellung wegen Unpäßlichkeit des Direktors Herrnfeld ausfallen mußte. Die Notiz berichtete weiter, daß über die Art der Unpäßlichkeit des Direktors recht sonderbare Gerichte umherschwirrten.

Herr Direktor Herrnfeld legt uns nunmehr eine von Dr. Meyer ausgestellte Bescheinigung vor, die feststellt, daß der Direktor am genannten Tage tatsächlich erkrankt war und es ganz ausgeschlossen war, daß er an diesem Nachmittag im Theater auftreten konnte.

Die Geschäfte des „Standesherrn".

Berliner Blätter berichten übereinstimmend: Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, große Schiebungen mit Hülsenfrüchten, wobei es sich um Werte von vielen hunderttausend Mark handelt, aufzudecken. Die an den Schiebungen beteiligten Personen sind drei Berliner, die die Hülsenfrüchte von Königsberg in Preußen waggonweise nach Berlin brachten. Die Geschäfte wurden von einem gewissen Reschke in Szene gesetzt. Dieser hatte sich das Vorkaufsrecht auf ein märkisches Rittergut, das einem Berliner Theaterbesitzer gehört, gesichert und bezeichnete sich von da ab als „Standesherr eines Schlosses in der Mark" **Unter diesem pomphaften Titel flieg er in Königsberg in Preußen in einem ersten Hotel ab, mietete dort einen Salon und ein Schlafzimmer und knüpfte nun mit Händlern und Gutsbesitzern der dortigen Gegend Verbindungen an, die er für seine unlauteren Zwecke ausnutzte.** Mit Hilfe eines gewissen Heffner aus Lichtenberg und eines Mannes mit Namen Bab aus der Wallnertheaterstraße kaufte er, natürlich ohne Rücksicht auf die Höchstpreise, Hülsenfrüchte in großen Mengen auf. **Wie gut sich sein Geschäft lohnte, ersieht man daraus, daß er für einen Waggon Erbsen, für den er 11 000 Mark gezahlt hatte, 39 000 Mark, und für einen anderen, den er für 21 000 Mark gekauft hatte, 63 000 Mark erhielt.** Als die Berliner Kriminalbeamten die Verhaftung der drei Personen vornahmen, wurden diesen gerade von einem Kaufmann 400 000 Mark für mehrere Waggons Erbsen ausgezahlt. Dieses Geld sowohl als auch die Ware, die zum Teil schon rollte, konnten noch rechtzeitig beschlagnahmt werden. —

Solche Feststellungen machen die heiße Sehnsucht der Interessenten nach der schrankenlosen „Freiheit" des Handels nur zu sehr begreiflich. Aus diesen Erfahrungen können aber auch die Verbraucher am besten erkennen, was die Freiheit des Wuchers mit Lebensmitteln für sie bedeutet und erst bedeuten würde, wenn der Wuchertrieb nicht durch Höchstpreise und Beschlagnahme wenigstens einigermaßen beschränkt sein würde. Nützlicher wäre es auch für die Allgemeinheit, wenn man die notleidenden Agrarier erfahren könnte, mit denen diese königlichen Kaufleute die halsbrechenden Wuchergeschäfte gemacht haben.

Auslandswaren für die Heeresverwaltung.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Danzig hat sich eingehend mit den öffentlichen Preisfestsetzungen beschäftigt und darüber Klage geführt, daß die teuren Auslandswaren in den freien Verkehr gelangen und die Inlandspreise verderben. Der Kriegsausschuß hat sich deshalb um Abhilfe an das Kriegsernährungsamt in Berlin und andere in Betracht kommende Stellen gewandt. In der Eingabe wird gesagt:

> Nach eigenen Wahrnehmungen und den Berichten unserer Mitglieder wie der Beauftragten der Preisprüfungsstelle hat sich gezeigt, daß die Auslandswaren, soweit sie dem Inlandspreise nicht unterworfen werden, einen ungünstigen Einfluß auf die Preisgestaltung und die Aufsicht über den Kriegswucher ausüben. Die Auslandswaren unterliegen einer ungewöhnlichen Preiserhöhung. Die inländischen Preiserhöher weisen auf diese hohen Preise hin, suchen die Inlandspreise dem Auslandspreise anzupassen. Für den Verkäufer der Auslandsware liegt ferner die Versuchung zu nahe und ist die Ausführung zu leicht, die billigere Inlandsware als Auslandsware zu verkaufen. Die Aufsicht und Feststellung ist meistens unmöglich. Auf jeden Fall ist das Mißtrauen sehr stark verbreitet, daß Inlandswaren als Auslandswaren verkauft werden.
>
> Diesem Uebelstande könnte auf einfache Weise begegnet werden. Die Auslandswaren dürfen schon jetzt nur von der Zentraleinkaufsgesellschaft eingeführt werden, was wir billigen. Diese Gesellschaft müßte nun die Anweisung erhalten, alle Auslandswaren, die im Kleinverkauf teurer werden, wie die Inlandsware, an die Heeresverwaltung abzuliefern, der diese Lieferung auf die Inlandsware angerechnet wird. Damit würde man erreichen, daß im freien Verkehr Auslandswaren nur zu Inlandspreisen verkauft werden dürfen. . . . Soweit dies aber aus irgend welchen Gründen nicht möglich sein sollte . . ., bitten wir anzuordnen, daß diese Waren nicht in den freien Handel kommen, sondern ausschließlich unter Aufsicht in behördlichen Verkaufsstellen zum Verkauf gelangen dürfen.

Minderwertige Kriegsschuhe.

Aus Neufahrwasser wird uns geschrieben:

Eine Kriegerfrau kaufte kürzlich ein paar Kinderschuhe aus Leder und Holzsohlen für den hohen Preis von 11,10 Mark. Als das Kind die Schuhe anzog, ließ das Leder von der Sohle los. Die Schuhe mußten repariert werden, wodurch wieder erhebliche Unkosten entstanden. Dadurch ist diese arme Frau unnötig geschädigt worden. Es wäre erwünscht, wenn die Behörde die Erzeuger solcher Schundware besser kontrollieren möchte.

* **Unterstützungen für Heeresangehörige.** Dem Kriegsministerium stehen wieder Mittel in beschränktem Umfange zur Verfügung, die zu Unterstützungen bei wirtschaftlichen Notlagen für Offiziere, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften bestimmt sind. Auch die zum Heeresdienst herangezogenen inaktiven Offiziere, die Angehörigen der Reserve, der Landwehr und des Landsturms, sowie die Widerrufsbeamten nehmen an diesem Fonds teil.

Anträge auf Gewährung einer Unterstützung sind, auch wenn es sich um mobile Heeresangehörige handelt, an die zuständigen stellvertretenden Generalkommandos, die General-Inspektion des Ingenieur- und Pionierkorps und an die sonstigen zuständigen Stellen und soweit dem Kriegsministerium unmittelbar unterstellt, an die betreffenden Abteilungen auf dem Dienstwege zu richten. Die Anträge müssen in knapper Form ausreichend begründet sein. Bei der Knappheit der Mittel und der gegen das Friedensverhältnis außerordentlich erweiterten Teilnehmerzahl können Anträge nur berücksichtigt werden, wenn eine ernste wirtschaftliche Notlage besteht.

Abgabe von Waren.

Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel- und Kartoffelkarte erhältlich. Außerdem werden dieses Mal 2 Schachteln Streichhölzer auf die Lebensmittelkarte verabfolgt. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Eine neue Bekanntmachung, betreffend Bestandserhebung vom Kautschuk-(Gummi-) Billardbande ist am 20. April 1918 in Kraft getreten. Näheres ergibt das Inserat dieser Nummer.

Diebstahl und Beschädigung von Feldfrüchten.

Es wird darauf hingewiesen, daß nach der Bekanntmachung des stellv. Generalkommandos vom 2. Juli 1917 das Entwenden von Garten- und Feldfrüchten sowie anderen Erzeugnissen der Landleute aus Gartenanlagen, Aeckern usw. mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der Feldfrüchte beschädigt oder unbefugt Aecker oder Wiesen vor beendeter Ernte betritt.

Die Bodeneinbrüche

mehren sich jetzt in auffälliger Weise. Mittwoch mittag, zwischen 12 und 1 Uhr, räumte ein Einbrecher wieder einige Bodenkammern im Hause Schüsseldamm 53/55 aus und entkam mit seiner wertvollen Beute ungesehen. Am nächsten Tage, um dieselbe Zeit, wiederholte sich dieser unangenehme Besuch. Diesmal gelang es dem Burschen nicht zu entkommen. Er wurde auf der Treppe mit den erbeuteten Gegenständen erwischt, ließ den Sack fallen und suchte das Weite. Einige beherzte Frauen nahmen die Verfolgung auf. Es gelang mit Hilfe einiger Soldaten, den fliehenden Einbrecher zu packen und ihn einem Schutzmann zu übergeben.

Gesinnungsfreunde! Werbt unermüdlich für die Volkswacht! Jeder neugewonnene Leser der Volkswacht stärkt die Reihen der Kämpfer für einen gerechten und ehrenhaften Frieden. Das Losungswort an jedem Arbeitsplatze und in jeder Werkstätte kann und darf nur heißen: **Abonniert die Volkswacht** die unermüdlich die Rechte des arbeitenden Volkes vertritt.

Sozialpolitik nach dem Kriege

Kundgebung der Gesellschaft für soziale Reform

Die Gesellschaft für soziale Reform veranstaltete am Sonntag in Berlin eine große Kundgebung für Fortführung und Ausbau der Sozialpolitik nach dem Kriege. Die Beteiligung war so zahlreich, daß der große Saal der Philharmonie überfüllt war und in einem zweiten Saale eine Parallelversammlung abgehalten wurde.

Den Hauptvortrag hielt Professor Dr. Francke. Er betonte, daß nach den Erfahrungen des Krieges, nach den Opfern, die die Angekrigen der Arbeiterklasse und der Angestellten im Kriege gebracht haben, von einem Stillstand der Sozialpolitik nicht mehr die Rede sein dürfte. Die Massen wirtschaftlich und geistig heben, heißt die Wohlfahrt und Macht des Reiches stärken und festigen. Der Krieg hat uns schon einige sozialpolitische Errungenschaften gebracht: das Verbot der Nachtarbeit der Bäcker, Lohnschutz der Heimarbeiter, Wöchnerinnenhilfe, Gewährung der Altersrente vom 65. Jahre ab, Zulagen für Invaliden- und Witwenrenten, das Tarifvertragswesen hat sich weitgehende Anerkennung errungen, Arbeitsgemeinschaften sind gebildet worden. Auf der anderen Seite hat uns aber der Krieg die Außerkraftsetzung wichtiger Bestimmungen des Arbeitsschutzes für Frauen und Jugendliche gebracht. Diese Beschränkungen dürfen nicht einen Tag länger bestehen bleiben, als sie unbedingt erforderlich sind. Nach dem Kriege muß die Sozialreform energisch weitergeführt werden. Wir brauchen sie auf allen Gebieten der Neuordnung des Vaterlandes, sie ist unentbehrlich für den Wiederaufbau unserer Volkskraft. Um die Volkskraft zu heben, brauchen wir Schutz für das heranwachsende Geschlecht, Wöchnerinnenhilfe, Familienversicherung in den Krankenkassen, Stärkung des Einflusses der Arbeiter in der Unfallversicherung, Erhöhung der Unfallrenten. Das wird dem stark verschuldeten Reiche Geld kosten, aber man darf nicht vergessen, daß jede Million, die für den Arbeiterschutz ausgegeben wird, zur Stärkung der Volkskraft beiträgt. Auch eine von sozialen Gesichtspunkten getragene Wohnungsreform ist dringend notwendig. Schon haben wir eine Wohnungsnot. Sorgen wir dafür, daß sie nicht zum Wohnungselend wird. Um den heimkehrenden Kriegern das Arbeitsuchen zu erleichtern, ist die Schaffung eines gut ausgebauten Arbeitsnachweiswesens und eine Fürsorge für die Arbeitslosen notwendig. Das führt uns zu der Frage der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, die dringend der Lösung bedarf. — Die Lebensmittelpreise werden auch nach dem Kriege hoch bleiben, während sich auf der anderen Seite eine Tendenz zur Herabsetzung der Löhne bemerkbar macht. Die Arbeiter werden sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung wehren. Daraus werden schwere Konflikte entstehen. Um sie in friedlichem Sinne zu lösen, ist es notwendig, daß die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Schlichtungsinstanzen beibehalten und die Einigungsämter der Gewerbegerichte ausgebaut werden, und so müssen wir schließlich zum Reichsarbeitsamt als Spitze aller dieser Instanzen kommen. Reich und Staat werden eine Lohnpolitik betreiben müssen, indem sie bei Vergebung öffentlicher Arbeiten im Vertrage eine Lohnklausel aufnehmen, die den Arbeiter vor Lohndruck und den Arbeitgeber vor Schmutzkonkurrenz schützt. Hoffen wir, daß das in Aussicht stehende Arbeitskammergesetz bald vor dem Reichstage erscheinen wird. Eine gründliche Reform des Koalitionsrechts muß eintreten. Die alte Schande, die auf dem Recht der Landarbeiter liegt, muß weggeräumt werden. Wir brauchen alle Köpfe und Hände, um das neue Deutschland aufzurichten. Die Führer der Angestellten und Arbeiter müssen dabei zur Mitarbeit herangezogen werden. Bei der Besetzung von Aemtern darf man nicht darauf sehen, ob der in Aussicht Genommene ein Arbeiter ist, sondern man soll nur fragen, was er leistet. (Beifall.) Die Gleichberechtigung muß auch in der preußischen Wahlreform zur Tatsache werden. Wie kann man einem Volke, das in diesem Kriege so Hervorragendes geleistet hat, sagen, es sei nicht reif, an der Gestaltung seiner Geschicke mitzuwirken. Unsere Ziele werden nicht ohne Kämpfe zu erreichen sein. Wir fürchten die Kämpfe nicht. Wir wollen sie führen mit dem Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Friedens. Mit uns die Zukunft. Dem neuen Deutschland leuchtet die soziale Reform. (Lebhafter Beifall.)

Graf v. Posadowsky trat für die Wohnungsreform ein.

Hartmann, Verbandsvorsitzender der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, forderte im Hinblick auf die nach dem Kriege zu erwartenden Lohnkämpfe Ausbau des Schlichtungs- und Einigungswesens, ein Reichsarbeitsamt und Arbeitskammergesetz.

Dr. Grönenda, Vorsitzender der deutschen Privatbeamtenverbände, wünscht eine Sozialpolitik, woran alle an ihr interessierten Kreise teilnehmen könnten.

Legien, der die Generalkommission der freien Gewerkschaften vertrat, betonte, daß die Arbeiter, um die bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe mit Erfolg führen zu können, vor allem ein von jeder Fessel befreites Koalitionsrecht brauchen. Ferner verwies der Redner darauf, daß es in Deutschland zahlreiche Widersacher des Arbeiterschutzes gibt und die Fortführung der Sozialreform auf erhebliche Widerstände stoßen wird. Diese zu überwinden, muß Aufgabe aller sozialpolitisch fortschrittlichen Kreise sein.

Es sprach noch eine stattliche Reihe von Rednern, darunter der Zentrumsabgeordnete Trimborn.

Aus Westpreußen

Der Futterwert des Laubes.

Man schreibt uns:

Die trockenen Blätter unserer Bäume und Sträucher besitzen einen erheblichen Futterwert und werden nach den angestellten Fütterungsversuchen insbesondere von den Pferden gern genommen und gut verdaut. Das Laub aller heimischen Laubbäume und Sträucher, wo auch immer es sich findet, mit Ausnahme des Laubes vom Faulbaum, der Goldregens, der Pflaume, der Traubenkirsche sowie der Eichen, kann zu Futterzwecken verwendet werden.

Prof. Fellner sagt, daß das Laub in beutrockenem Zustande dem gewöhnlichen Dörrfutter an Nährwert nicht nachsteht; auch Professor Voß betont, daß die meisten Laubbäume der nördlichen Länder in ihren Blättern ein vortreffliches Futtermittel bieten. Namentlich Ulmenblätter haben einen Nährwert, der demjenigen der Luzerne fast gleichkommt. Der Nährwert der Blätter ist darauf zurückzuführen, daß das im Blatt reichlich enthaltene Protein zum größten Teil verdaulich ist. Gerade in der jetzigen Zeit, wo die Futternot groß ist, kann nicht nachdrücklich genug auf die erheblichen Mengen an Futterstoffen, die wir aus unseren Laubwäldern herausziehen können, hingewiesen werden.

Die Landarbeiterin wollte mehr verdienen.

Die Landarbeiterin Mathilde Hirt in Ueberbrück ist großjährig, hat für ein Kind zu sorgen und wohnt bei ihrem Vater, dem Schweineflitterer Hirt auf dem Gute Ueberbrück. Zwei Söhne sind zum Heere eingezogen und fehlen nun als Scharwerker. Im vorigen Jahre hatte der Vater dem Gutsherrn gegenüber die Verpflichtung übernommen, diese Tochter auf Verlangen als Scharwerkerin zu schicken, dafür sollte die Tochter für den Tag 1,80 Mark erhalten. In der Kartoffelernte ging die Tochter aber auf das Gut des Amtsvorstehers und verdiente hier täglich 6 Mark. Auf Veranlassung ihres Gutsherrn entließ sie der Amtsvorsteher. Sie verlangte dann von ihrem Gutsherrn eine Lohnerhöhung für das Kartoffelausmachen, die ihr aber abgelehnt wurde. Sie nahm deshalb die Arbeit nicht auf. Das Schöffengericht in Neustadt verurteilte sie wegen Arbeitsverweigerung zu 40 Mark Geldstrafe. Gegen dies Urteil legte die Hirt Berufung ein und machte geltend, daß sie sich bei diesen hohen Preisen mit ihrem Kinde nicht kleiden und ernähren könne, wenn sie für 1,80 Mark arbeiten solle. Der Gutsherr berief sich auf seinen Vertrag. Das Berufungsgericht bestätigte das Urteil des Schöffengerichts.

Ohra. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Ohra nahm die Berichte sämtlicher Vertrauensleute entgegen. Die Mitteilungen gaben ein Bild des prächtig pulsierenden Vereinslebens. Im Anschluß an die Berichte fanden die Wahlen statt. Sie brachten nur geringe Veränderungen. Anstelle des Genossen Schmode, der mit ganzer Kraft für die Ausbreitung der „Volkswacht" arbeiten will, wird Genosse Walz die Kassengeschäfte des Ortsvereins Ohra erledigen. Einstimmig wurde die Erhöhung des Beitrages beschlossen. Er beträgt vom 1. April an für Genossen 15 Pf. pro Woche, die Genossinnen zahlen wöchentlich 10 Pfennig und erhalten unentgeltlich die „Gleichheit". Genosse Walz sprach über die neugegründete „Freie Baugenossenschaft" und zeigte, welche Vorteile diese ihren Mitgliedern bietet. Die gutbesuchte Versammlung beschloß eine Marx-Gedenkfeier am Sonnabend, den 4. Mai, in der Ostbahn zu veranstalten.

Ohra. Die Ablieferung der Eier ist höchst mangelhaft. Bisher sind etwa 1000 Eier abgeliefert worden, 4000 Stück hätten aber abgegeben werden müssen. Eine Kontrolle des Genossen Walz hat ergeben, daß Besitzer eines größeren Hühnervolkes die Zahl der Hühner zu niedrig angegeben haben, und auch von diesen nicht die vorgeschriebene Stückzahl Eier abliefern. So gab Frau Doschke, Radaunestraße, 14 Hühner an und besitzt in Wirklichkeit 38. Familien, die drei oder vier Hühner haben, erfüllen ihre Pflicht. Die zurückgehaltenen Eier werden zu Wucherpreisen verkauft. Um diesen Mißständen ein Ende zu machen, sah Genosse Walz sich veranlaßt, Anzeigen zu erstatten, deren gerichtliche Entscheidung bevorsteht.

Die Mühle von Wölke ist zur Benutzung wieder freigegeben worden. Die Schließung war auf behördliche Anordnung erfolgt, weil bei einer Revision des Betriebes etwa 30 Zentner Haferflocken, 30 Zentner Grütze und ein Posten Graupe beschlagnahmt wurden.

Wölke war auch bei dem großen Getreideschiebungsprozeß in Danzig beteiligt. W. kam mit einer verhältnismäßig geringen Geldstrafe davon, weil er angab, daß er im Interesse der ärmeren Bevölkerung gehandelt habe. Ob das auch diesmal der Beweggrund war? Wir haben noch nichts davon gemerkt, daß der genannte Herr eine Vorliebe für die ärmere Bevölkerung hat. Derartig unzuverlässige Personen müßten von der Lebensmittelversorgung ausgeschlossen werden.

Garnsee. Etwa 400 Zivilgefangene aus den Kreisen Graudenz und Marienwerder wurden kürzlich nach Garnsee zu einer wichtigen Besprechung eingeladen. Diesen Leuten, die fast alle die Eisenbahn benutzen mußten, wurde ein Vortrag über Kriegsanleihe gehalten. 12 000 Mark wurden auf diese Weise gezeichnet. Das hätten die Teilnehmer sicherlich auch getan, wenn man zu diesem Zweck mehrere Orte gewählt hätte, die leichter und ohne Bahnfahrt hätten erreicht werden können. Das hätte die Eisenbahn nicht unnötig belastet und die Leute brauchten keinen Tagelohn einbüßen.

Marienburg, 10. April. Zahlreiche Postdiebstähle, die großes Aufsehen hervorriefen und Marienburg in begreifliche Aufregung versetzten, führten den 49jährigen, in Klappschau (Kreis Danziger Höhe) geborenen Postschaffner Johann Borowski aus Marienburg vor die Elbinger Strafkammer. Mit ihm zugleich wegen Hehlerei angeklagt waren seine aus Schlobitten (Kreis Pr.-Holland) stammende Ehefrau Auguste und seine 22jährige Tochter, die Feldwebelfrau Auguste Heske aus Marienburg. Borowski beraubte und stahl während des Krieges Pakete und Feldpostpäckchen und stapelte in seiner Wohnung große Vorräte auf, fandte auch gestohlene Sachen nach außerhalb. Seine Familie trieb großen Kleiderluxus und sonstigen Aufwand, der allgemein auffiel. Der Verdacht, die Diebstähle begangen zu haben, lenkte sich auf B., als auch die Postaushelferin Frau Luise D. bei Veruntreuungen ertappt wurde. In der Wohnung des B. wurden bei der Haussuchung u. a. folgende Sachen gefunden: Große Mengen Damen-, Herren- und Wäschestoffe, Bettenschüttungen, 12 Korsette, 12 Damenbeinkleider, wollene und andere Hemden, Tischtücher, mehrere Dutzend Handtücher, Militärhosen, Wolle, Baumwolle, Schnürsenkel, 7 Paar neue Herren- und 9 Paar neue Damenstiefel, Hühneraugenmittel, Tee, Haferflocken, Wein, Rum, 25 Pfund Zucker, Eier, 12 Kisten Zigarren, ein Karton Rasierseife, Korsettschoner, 11 Paar Hosenträger, Speck, Butter, harte Wurst, Schmalz, 48 Rollen Zwirn, Kinderwäsche usw. usw. Wurst und Eier wurden von den Beschuldigten in den Handel gebracht. Die gestohlenen Sachen nahm B. von der Post unter seinem Dienstumhang mit nach Hause. Auffällig war es, daß B. seine Spareinlagen vom 1. Januar 1913 ab von 1 Mark auf 25 Mark monatlich erhöhte. Die Untersuchung gegen B., der sich seit kurzem in Haft befindet, währt bereits ungefähr ein Jahr. Urteil: Borowski fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, Frau Borowski sechs Monate und Frau Heske ein Jahr Gefängnis.

Marienburg, 3. April. Wegen Meldevergehens erhielten vom Gericht in Elbing die Arbeiter Johann H. und Stanislaus L. aus Tessensdorf, jetzt in Riesenburg, eine sehr hohe Strafe. Anfang Dezember 1917 verließen sie ihre Arbeitsstellen in Tessensdorf bei einem Schachtmeister, wozu ihnen dieser die Erlaubnis gab. Diese Abmeldung genügt aber nicht, vielmehr muß sie beim Landrat erfolgen. H. wurde zu 2 und L. zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftliches

Gewerkschaften und politische Streiks.

Die Generalkommission nimmt in einem an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands gerichteten Flugblatt Stellung zu den politischen Streiks, insbesondere zu dem Streik in Berlin. In dem Flugblatt wird betont, daß die Gewerkschaften weder vor Ausbruch des Streiks befragt noch zu seiner Leitung hinzugezogen worden seien. Die Absicht der Gewerkschaften, nach Ausbruch des Streiks zu dessen einigermaßen glücklichen Beendigung beizutragen, sei von den Führern der „Unabhängigen" hintertrieben worden. Bereits wochenlang vor Ausbruch des Streiks sei in einem der anonymen Flugblätter an die Arbeiter die folgende Aufforderung gerichtet worden:

„Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und andere „Durchhalter" unter keinen Umständen in die Vertretungen gewählt werden. Heraus mit den Burschen aus den Arbeiterversammlungen! Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Todfeinde des Massenstreiks haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen!"

Des weiteren wird in dem Flugblatt darauf verwiesen, daß der von Vertretern der Generalkommission unternommene Versuch, dem Streik durch Verhandlungen mit der Regierung einen geordneten und erfolgreichen Abschluß zu verschaffen, durch die Vertreter der „Unabhängigen" unmöglich gemacht worden sei, indem dieselben jegliche Verhandlungen unter Teilnahme der Generalkommission ablehnten. Ihrem Verhalten sei es demnach zuzuschreiben, wenn der Streik in Berlin jenen beschämenden und die Arbeiter schädigenden Ausgang genommen hat. Das Flugblatt der Generalkommission schließt:

„Deshalb rufen wir die Arbeiter Deutschlands auf, sich nicht fernerhin durch anonyme Flugblätter zu Streiks und Unbesonnenheiten provozieren zu lassen. Niemand kann nachprüfen, wer hinter derartigen Erzeugnissen der Druckerpresse steht. Die Erfahrungen des Sozialistengesetzes sollen nicht unbeachtet bleiben. Leute, die ein reines Gewissen und aufrichtige Absichten im Interesse der Arbeiterklasse haben, bedienen sich solcher Mittel nicht. Sie haben den Mut, müssen den Mut haben, die Verantwortung für ihr Tun offen zu tragen und sich nicht selbst in sorgsam geschütztem Hintergrunde zu halten, wenn sie die Arbeiter zu Taten auffordern, die von unberechenbarer Tragweite sowohl für den einzelnen als für die Klasse und schließlich für das Volk in seiner Gesamtheit werden können. Die deutschen Arbeiter haben ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auch im Kriege aufrechterhalten und nur durch diese ist eine wirksame Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft möglich.

Arbeiter, Genossen! Laßt euch nicht provozieren, eure Kräfte in aussichtslosen Kämpfen zu vergeuden. Seht euch die Arbeiterzersplitterer, die an euch herantreten, genau an und gebt ihnen die einzig gebührende Antwort, indem ihr sie von euch weist. Halter Wacht um eure gewerkschaftliche Organisationen. Schwere wirtschaftliche Kämpfe stehen uns in der Zukunft bevor, um die Lohn- und die Arbeitsverhältnisse zu heben, mehr Brot und mehr freie Zeit dem deutschen Arbeiter und seiner Familie zu erringen. Dazu bedürfen wir der Kraft und der Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisationen. Wer sie zersplittert und schwächt, ihre Einmütigkeit im Kampfe lähmt, ist ein Verräter der Arbeiterklasse. Nur wer emsig an ihrem Ausbau und ihrer Stärkung arbeitet, leistet der Arbeiterklasse wertvolle Dienste. Deshalb: Hinein in die Gewerkschaften, baut sie aus, macht sie fähig, die künftigen Kämpfe erfolgreich zu führen!"

Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabfolgt:

1. **Von Montag, den 22. bis Sonnabend, den 27. April:**
Auf die Marke **25** der Kartoffelkarte **4 Pfund** und auf die Marke **26** der Kartoffelkarte **3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.**

2. **Von Dienstag, den 23. bis Sonnabend, den 27. April:**
a) Auf die Marke **14** der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene eine **H-Packung Süßstoff.**
b) Auf die Marke **14 K** der Danziger Lebensmittelkarte für Kinder und auf die Marke **13 K** der Lebensmittelkarte für Kinder in den Nachbargemeinden Brentau, Emaus, Ohra, Bürgerwiesen, Groß-Walddorf, Klein-Walddorf, Groß-Plehnendorf und Klein-Plehnendorf **250 Gramm Morgentrank.**
c) Auf die Marke **15** und **15K** der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marke **12** der Lebensmittelkarte für Erwachsene und **12K** der Lebensmittelkarte für Kinder in den Nachbargemeinden **je 1 Päckchen Puddingpulver** zum Preise von 22 Pf.

3. **Von Freitag, den 26. April bis Donnerstag, den 2. Mai einschließlich:**
a) Auf die Marke **16** und **16K** der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder sowie auf die Marken **13** der Lebensmittelkarte für Erwachsene und **14K** der Lebensmittelkarte für Kinder in den Nachbargemeinden **je 2 Schachteln Streichhölzer** zum Preise von 15 Pf.
b) Auf die Marke **13** der Danziger Lebensmittelkarte für Leute über 60 Jahre und auf die Marke **11** der Lebensmittelzusatzkarte für Leute über 60 Jahre in den Nachbargemeinden **je 1 Dose Sardinen** zum Preise von **1,50 Mk.**

Die Waren sind in den Geschäften, bei denen die Anmeldung zum Bezuge von Kühlenerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.

Die von den Händlern vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.

Danzig, den 18. April 1918.

Der Magistrat.

Elbing

Lebensmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

für die Woche vom 22. bis 28. April 1918

Montag: 7 Pfd. **Kartoffeln** (Kartoffelmarke für die Woche vom 22. bis 28. April 1918).

Dienstag: 1/2 Pfd. **ausländischer Speck** (Zusatzmarke für Schwer- und Schwerstarbeiter).

Mittwoch: 1/4 Pfd. Hohenlohesches **Gerstenmehl** (Kinderzusatzmarke).

Donnerstag: 1/4 Pfd. **Grütze** (Lebensmittelmarke).

Freitag: **1 Maggiwürfel** (Lebensmittelmarke).
1/2 Pfd. **Kunsthonig** (Lebensmittelmarke) (vorbehaltlich rechtzeitigen Eintreffens).

Sonnabend: 1/2 Pfd. **Graupe** (Zusatzmarke für Schwer- und Schwerstarbeiter).

Elbing, den 18. April 1918.

Magistrat — Ernährungsamt.

In freien Stunden Preis 15 Pf., zu beziehen durch Buchh. Volkswacht, Paradiesgasse

„Es war eine üble Sitte in der alten Partei, jeden Wahlerfolg, jeden Mitgliederzuwachs und dergleichen mit großen Worten als epochale Weltereignisse zu preisen. Wir wollen die alte Ruhmredigkeit von uns tun und den Tatsachen offen ins Gesicht sehen."

Das wird den „Unabhängigen" umso leichter werden, als die Trauben für den Fuchs sauer sind: sie haben über Wahlerfolge und Mitgliederzuwachs nichts zu berichten. Das „Mitteilungsblatt" warnt daher eindringlich vor „hoffnungsmüder Resignation", kann sich dabei aber das „Gefühl augenblicklicher Ohnmacht" selbst nicht verkneifen. Das sind nun die Helden, die sich anheischig machten, dem deutschen Volk den Frieden rascher zu bringen, als die einige Sozialdemokratie dafür zu wirken vermöchte.

Seine Majestät der Kriegsgewinnler

Eine lehrreiche Geschichte ging durch die Presse: Der König von Bayern wollte sein langjähriges Jagdrevier, die Gemeindejagd in Pfronten (Allgäu) wieder pachten und bezahlte auch gern den gewaltig gesteigerten Pachtpreis. Kaum aber war der Vertrag zustande gekommen, so erhielt die Gemeinde von einem kriegsliefernden Industriellen in Stuttgart ein Angebot in Höhe des dreifachen des vom König gezahlten Pachtpreises. Obwohl der Vertrag bereits perfekt war, trat der König als er von der Sachlage erfuhr, freiwillig zurück; er wollte nicht, daß die Gemeinde die Einnahmen aus der verdreifachten Jagdpacht verlieren sollte.

Der König von Kriegsgewinns Gnaden geht also heute selbst vor dem von Gottes Gnaden.

Rußland

Die Ursachen des Staatsstreichs in Finnland

Stimmen finnischer Sozialisten.

Stockholm, 12. April. Nach einer Meldung von „Svenska Dagbladet" haben die sozialistischen Mitglieder des Landtages in Helsingfors einen Aufruf erlassen, in dem unter anderem gesagt wird: Das durch Vertreter der Roten Garde verstärkte Parteikomitee beschloß den für das ganze Land und hauptsächlich für die sozialdemokratische Partei so unglücklichen Staatsstreich, der dann am 27. Januar ausgeführt wurde. Keine sozialdemokratische Parteiversammlung hatte einen ähnlichen Staatsstreich oder eine rote Diktatur beschlossen. Als der Staatsstreich durchgeführt wurde, wurde die sozialdemokratische Landtagsgruppe überhaupt nicht gefragt und der Parteirat erst eine Woche nach dem Staatsstreich zusammengerufen, um über die Angelegenheit zu beraten. Jeder, der bei dieser Sitzung gewagt hätte, sich in irgendeiner Weise zu widersetzen, wäre das Opfer eines Bajonetts geworden. Dieser Staatsstreich ist nicht nur gegen den Willen der vom Volke durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Vertretung, des Landtages, in Szene gesetzt worden, sondern auch ein Staatsstreich gegen die sozialdemokratische Partei selbst gewesen.

Stockholm, 13. April. Nach einer Meldung von „Stockholms Tidningen" haben die beiden sozialdemokratischen finnländischen Landtagsabgeordneten Blomquist und O. Piisinen im radikalen Organ der Agrarpartei „Ilkka" einen Artikel veröffentlicht, in dem sie besorgt fragen, was aus der finnländischen Arbeiterbewegung werden wird und erklären, daß die sozialdemokratische Zeitung „Työmies" die Hauptschuld an der Irreführung der Arbeitermassen hat. Die Helsingforser Sozialisten seien durch das im Lande befindliche russische Militär und die niedrigsten Elemente der menschlichen Gesellschaft auf die Gewaltbahn gebracht worden. Die Verbrüderung dieser Elemente habe den letzten Rest des Zusammengehörigkeitsgefühls mit dem eigenen Volk erstickt. Die Arbeiter seien mit russischen Waffen ausgerüstet worden. Bewaffnete Raubzüge, zahlreiche Morde und Strafexpeditionen und endlich der Bürgerkrieg seien die Folge gewesen.

Kriegswirtschaft

Der Dessauer Rathausskandal.

Die Dessauer Magistratsangelegenheit scheint immer weitere Kreise zu ziehen. Vor einigen Tagen hat sich der Oberstadtsekretär Kampshenkel das Leben genommen. Ein erst 19jähriger und inzwischen als unternehmungslustiger Lebemann erkannter Magistratssekretär Sturm sitzt unter dem Verdacht des Diebstahls, der Unterschlagung und des Betrugs, zum Nachteil der Stadt und ihrer Goldankaufsstelle, hinter Schloß und Riegel. Nunmehr machen die Anklagen auch nicht mehr vor dem Oberbürgermeister, Geh. Regierungsrat Dr. Ebeling, und dem Dessauer Stadtverordnetenvorsteher, Landtagsabg. Rechtsanwalt Cohn, halt. Gegen Dr. Ebeling, der sein Amt niedergelegt und ein Disziplinarverfahren zu erwarten hat, wird die Anschuldigung erhoben, daß er erhebliche Mengen von städtischen Lebensmitteln nicht nur unter seine Freunde verteilt, sondern auch nach auswärts verschickt habe, besonders an ein Berliner Hotel, wo er zu wohnen pflegte. Gegen den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Cohn erhebt man den Vorwurf der mangelnden Kontrolle. Durch die ganz unverantwortliche Einrichtung der Nahrungsmittelverteilung seien die armen Frauen und Kinder der Stadt gezwungen gewesen, stundenlang bei Wind und Wetter auf dem Rathaushofe herumzustehen, während es im Rathause recht lustig zugegangen sei. Auch soll Dr. Cohn die Interessen seiner ärmeren Glaubensgenossen in schwerster Weise bei der Verwaltung des großen Millionenvermächtnisses der Baronin Oppenheim geschädigt haben. Schließlich kommen aus Dessau auch noch allerhand Gerüchte über die unzulässige Reklamierung verschiedener Stadtverordneter, durch den Magistrat und deren Beschäftigung gegen Bezahlung im Dienst der Stadt.

Die neuen Steuern

deren Grundlagen Genosse Wilhelm Keil, der Steuerfachmann unserer Reichstagsfraktion, gestern an dieser Stelle besprochen hat, liegen nun der Oeffentlichkeit vor. Und man kann weder nach Art noch Umfang, wenn man nicht zu besonderen Illusionen neigte, von Ueberraschungen sprechen.

Ein ganz Offenherziger, es war wohl der Kammerherr von Oldenburg-Januschau, hat einst im preußischen Landtage erklärt, daß man nicht für das freie und gleiche Wahlrecht des Volkes sein könne, weil man das Portemonnaie der Besitzenden doch nicht den Nichtbesitzenden ausliefern könne. So ist man denn auch zu der hiernach sehr nützlichen Theorie gekommen, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten gehören, während dem Reichstage des allgemeinen Wahlrechts nur die indirekte Besteuerung verbleiben muß.

Daran haben auch alle Kriegsnotwendigkeiten nichts geändert. Nachdem der Reichstag aber im vorigen Jahre, nicht zuletzt durch die Kohlensteuer, den Massen der Verbraucher, ohne Rücksicht auf Einkommen, Vermögen und Kriegsgewinnen, 1¼ Milliarden neuer Steuer auferlegte, durfte man doch wohl erwarten, daß die weiter erforderlichen Steuern die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler berücksichtigen würden.

Dem neuen Haushaltsplan des Reiches fehlten nicht weniger als 2875 Millionen Mark. Die neuen Steuern des Grafen Roedern sollen nun eine Jahresmehreinnahme von nicht weniger als 3179 Millionen bringen. Davon sind aber, unter Einrechnung der natürlich ebenfalls auf die Verbraucher abgewälzten Börsensteuer, ganz zweifellos 2454 Millionen indirekte Steuern, die vorwiegend von den Massen der kleinen Leute aufgebracht werden müssen. Daneben soll die Kriegssteuer der Gesellschaften noch 600 Millionen Mk. bringen, die in der Praxis durch Aufschläge auf Waren usw. ebenfalls von ganz anderen Leuten aufgebracht werden muß, als diejenigen sind, die angeblich dadurch belastet werden.

So bleiben denn gerade noch 125 Millionen Mark Weinsteuern, die, wenigstens zu einem größten Teile, die Vermögenden vorwiegend treffen. An der brennenden Frage der direkten Reichssteuern gehen auch die neuen Steuervorlagen wieder sprachlos vorüber. Weder die notwendige Ausdehnung der Erbschaftssteuer, noch der Kriegsgewinnsteuer, noch eine Reichsvermögenssteuer sind vorgesehen. Dafür wird das niedrigste Porto für Ortsbriefe und für Fernpostkarten auf 10 Pfennig erhöht. Die Erhöhung der Postgebühren soll allein jährlich 125 Millionen Mark mehr als bisher abwerfen. Die neuerfundene Besteuerung der alkoholfreien Mineralwässer soll 50 Millionen bringen usw.

Dafür bringt die Vorlage durch die Verstaatlichung der nicht mehr ganz unbekannten Spirituszentrale, deren Direktor der in Ostpreußen gewählte konservative Reichstagsabgeordnete Kreth ist, als erstes Kriegs-Reichsmonopol das Branntweinmonopol. Man wird sich daher von der Kultivierung des Schnapses nicht zu viel versprechen dürfen.

Ob die bisher bei der Branntwein-Erzeugung übliche Liebesgabenpolitik durch das Monopol irgendwie beschränkt werden wird, wird man nicht ohne weiteres bejahen können. Grundsätzlich haben wir keinen Anlaß dem Staatsmonopol zu widerstreben, wenn es nicht die staatliche Garantierung der Schnapsrente darstellt.

Alles in allem ist das neue Bukett vom Standpunkt der Volkswohlfahrt schon deshalb abzulehnen, weil die neuen Steuern wohl den Kriegsinvaliden aber nicht den Kriegsgewinnler belasten. Die Sozialdemokratie lehnt die neue indirekte Volksbelastung ab. Es ist am allerwenigsten vom Standpunkt der Staatsklugheit zu verantworten, den Massen, die alle Opfer des Krieges in erhöhtem Maße tragen müssen, auch noch die finanzielle Last aufzuerlegen.

Der „Vorwärts" schreibt zu den neuen Steuern: Ein Trost ist es, daß noch keine Reichsfinanzreform so vom Reichstag verabschiedet worden ist, wie sie ihm vorgelegt wurde. Die sozialdemokratische Fraktion wird alles tun, um die besonders in der Zukunft wirksamen Anschläge auf den Wohlstand der breiten Schichten, vor allem die enorme Erhöhung und große Ausdehnung der Umsatzsteuer, zu verhindern.

1. Das Branntweinmonopol.

Aller erzeugter Branntwein ist an die Monopolverwaltung abzuliefern. Wo ausnahmsweise den Brennern die Rückbehaltung des Branntweins gestattet wird, muß er den Branntweinaufschlag zahlen. Die Kontingentierung und der Durchschnittsbrand bleiben bestehen. Das neu zu errichtende Monopolamt besteht aus der Verwaltungsabteilung und der Geschäftsabteilung. Letztere ist die bisherige Spirituszentrale. Dazu tritt ein Beirat aus 20 Mitgliedern, und zwar: fünf Mitglieder des Bundesrats, fünf Mitglieder des Reichstags, fünf landwirtschaftliche Brenner, fünf von der Monopolverwaltung vorgeschlagene Vertreter der gewerblichen Brennerei. Die Verkaufspreise sind so festzusetzen, daß dem Reiche nach Abzug aller Kosten eine Reineinnahme für einen Hektoliter von 800 Mark verbleibt. Der Preis für Trinkbranntwein ist teuer, für gewerblichen Branntwein billig. Die Monopolverwaltung wird auch die einfacheren Trinkbranntweine herstellen, die Destillateure werden abgefunden. Bei der Herstellung von Markenbranntwein ist noch eine besondere Abgabe von einer Mark für den Liter zu bezahlen.

2. Biersteuergesetz.

Die Biersteuer bedeutet den Uebergang zur Fabrikationssteuer unter Einführung der Kontingentierung. Die Steuersätze sind je nach der Größe der Brauerei von 10 Mark bis 12,50 Mark für den Hektoliter gestaffelt. Die Steuersätze ermäßigen sich für Einfachbier und erhöhen sich für Starkbier je um die Hälfte. Der Bundesrat bestimmt, welches Bier als Einfachbier und als Starkbier zu gelten hat.

3. Weinsteuer.

Die Weinsteuer wird erhoben beim Hersteller oder Händler, wenn der Uebergang zum Verbraucher stattfindet. Sie beträgt 20 Prozent vom Werte. Ein Weinprüfungsamt stellt in Zweifelsfällen den Wert fest. Es ist Nachbesteuerung für Weine der letzten drei Jahre vorgesehen.

4. Schaumweinsteuergesetz.

Die bisherige Staffelung von 1 bis 3 Mark wird durch den einheitlichen Satz von 3 Mark ersetzt.

5. Gesetz betreffend Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Die Sätze für Mineralwässer, Limonaden und konzentrierte Kunstlimonaden sind gestaffelt von ¼ Pf. bis 1,20 Mk., je nach Raumgehalt der Gefäße. Der Kaffeezoll wird auf 130 Mark für einen Doppelzentner, der Zoll für Kakaobohnen auf 50 Mark, für Tee auf 220 Mark, für Schokolade auf 140 Mark für den Doppelzentner festgesetzt.

6. Gesetz betreffend Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Abweichend von bisherigen Sätzen wird das Porto in Zukunft betragen: für Briefe bis 20 Gramm im Ortsverkehr 10 Pfennig, für Briefe bis 250 Gramm im Ortsverkehr 15 Pfennig, für Fernpostkarten 10 Pfennig. Ferner sind Erhöhungen vorgesehen für Drucksachen, Geschäftspapiere, Pakete usw. Die Telegrammgebühren werden auf 8 Pfennig für das Wort erhöht. Von der Reichsabgabe befreit bleiben unter anderem Pressetelegramme. Die Fernsprechgebühren werden um 10 Prozent erhöht.

7. Gesetz über die Kriegssteuer der Gesellschaften für das 4. Kriegsgeschäftsjahr.

Die Gesellschaften waren schon früher gesetzlich verpflichtet worden, 60 Prozent des im vierten Kriegsjahr erzielten Mehrgewinnes als Sonderrücklagen in ihre Bilanzen einzustellen. Die Abgabe ist je nach der Höhe des Mehrgewinnes gestaffelt von 10 bis 50 Prozent. Das Gesetz über die Kriegssteuer der Gesellschaften für das vierte Kriegs-Geschäftsjahr setzt eine Abgabe von 60 Prozent des Mehrgewinnes fest. Der Abgabesatz ermäßigt sich jedoch stufenweise um 10 bis 50 Prozent, je nach Höhe des Mehrgewinnes und der Höhe der Dividende.

8. Gesetz zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes.

I.

Kauf- und Anschaffungsgeschäfte in Wertpapieren werden verschieden besteuert, je nachdem der Käufer ein gewerbsmäßiger Effektenhändler oder ein Privatmann ist. Das Privatpublikum hat die höheren Sätze zu zahlen. Die Sätze betragen: a) bei Kriegsanleihen zwei Zehntel vom Tausend bezw. ein Zehntel vom Tausend. Geschäfte in Kriegsanleihen werden am niedrigsten besteuert. b) Andere Reichs- und Staatspapiere vier Zehntel vom Tausend bezw. zwei Zehntel vom Tausend. c) Ausländische Staatspapiere, in- und ausländische Gemeindeschuldverschreibungen, in- und ausländische Pfandbriefe sieben Zehntel bezw. drei Zehntel vom Tausend. d) Sonstige Renten und Schuldverschreibungen ein Zehntel vom Tausend bezw. vier Zehntel vom Tausend. e) Aktien, Kuxe usw. drei Zehntel vom Tausend bezw. fünf Zehntel vom Tausend. f) Ausländische Banknoten, Papiergeld und Geldsorten einheitlicher Satz zwei Zehntel vom Tausend.

II.

Besteuerung von Geldumsätzen (Depositen und Kontokorrentsteuern). Die Steuer wird erhoben von den Zinsen, die der Bankier zahlt. Sie ist gestaffelt von eins vom Hundert bei weniger als 100 000 Mark bis auf 3,32 vom Hundert bei mehr als 10 Millionen Mark.

III.

Erhöhung des Stempels bei Gesellschaftsverträgen von 4⅕ auf 5 vom Hundert.

9. Gesetz zur Aenderung des Wechselstempelgesetzes.

Die Sätze betragen für Wechsel unter 250 Mark 15 Pfennig, von 250 bis 500 Mark 30 Pfennig, von 500 bis 750 Mark 45 Pfennig, von 750 bis 1000 Mark 60 Pfennig, für jede weitere 1000 Mark 60 Pfennig mehr.

10. Umsatzsteuergesetz.

Der Steuer unterliegen nicht nur die Waren, sondern auch die Leistungen; die bisherigen Befreiungen des Warenumsatzsteuergesetzes bleiben erhalten. Die Steuer beträgt fünf vom Tausend. Außerdem wurden mit einer besonderen Luxussteuer belegt: a) Edelmetalle und Edelsteine, b) Kunstwerke, c) Antiquitäten, d) photographische Handapparate, e) Flügel, Klaviere, Harmonien und mechanische Spielwerke, f) Handwaffen, g) Motorfahrzeuge für Land und Wasser, h) Teppiche, i) Pelzwerke. Der Steuersatz beträgt für Edelsteine 20 Prozent, für die übrigen 10 Prozent vom Werte.

11. Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht.

Zur Verhinderung der Steuerflucht (Personalienflucht), wird die Verpflichtung zur Steuerzahlung für die Personalensteuer auf fünf Jahre nach Verlegung des Wohnsitzes erstreckt. Vor der Abwanderung ist Sicherheit zu leisten (20 Prozent des Vermögens). Wer die Steuer hinterzieht, wird mit Frau und Kindern expatriiert. Zahlt er die Steuer später nach, erlangt er seine Staatsangehörigkeit wieder.

12. Der Bierzoll.

Der Bierzoll wird erhöht in Gefäßen über 15 Liter auf 19,35 Mark, unter 15 Liter auf 25 Mark.

Die Erträge bezw. Mehrerträge werden geschätzt in Millionen Mark: Kriegssteuer der Gesellschaften 600, Börsensteuer usw. 214, Umsatz- und Luxussteuer 1000, Erhöhung der Postgebühren 125, Branntweinmonopol 650, Biersteuer 340, Weinsteuer 105, Schaumweinsteuer 20, Mineralwässer usw. 50, Zoll auf Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade 75. (W. T. B.)

Hierzu eine Beilage.

Am Peipus-See und Narowa

Den Peipus-See hat Moltke als die natürliche strategische Grenze des Deutschen Reiches bezeichnet, und gewiß ist, daß er landschaftlich wie geschichtlich eine Völkerscheide darstellt. Jener Wasserlauf, der durch den Peipus-See und den durch einen natürlichen Kanal mit ihm zusammenhängenden Pleskauer See gebildet wird und der seinen Abfluß im Norden durch die schnellströmende Narowa erhält, also mit einem Worte die ganze Wasserstrecke von Narowa im Norden bis Pleskau im Süden, bildet den Ueberrest eines alten Meeresarmes, der hier die baltische Platte gegen Osten abgeschlossen hat. Noch finden sich im Peipus-See, der heute längst ein Süßwasser ist, Robbenarten, die sich den veränderten Lebensbedingungen angepaßt haben, und die wilden Klippen, die an einigen Stellen des Westufers des Sees den Küstensaum begleiten, sind von derselben Art und Bildung, wie die Felsen, die die Wasser des Finnischen Meerbusens bespülen. Drüben aber, auf der Ostseite, ist alles flach; so kennzeichnet die Natur selbst schon aufs deutlichste die Völkergrenze. Bis zum Westufer des Peipus- und des Pleskauer Sees geht der deutsche Kulturbereich, hier lief bis zum 11. Mai 1558 die Westgrenze des Deutschen Reiches — drüben ist slawisches Land, ist Rußland. Doch hat das Russische einige Boten zum andern Ufer hinübergesandt. Das sind die russischen Sektierer, die vor dem Zwange der orthodoxen Kirche ins Baltenland sich geflüchtet und hier in größerer Freiheit eine zweite Heimat gefunden haben; dazu kamen dann im 19. Jahrhundert noch russische Leibeigene, die sich nach Estland hinüberretteten, um hier ein freieres Leben zu finden. So sind auf dem Westufer vereinzelte russische Siedelungen entstanden, die sich übrigens lange in das Leben Estlands eingegliedert haben. Die russischen Siedler haben wohl ihre Sprache bewahrt, zugleich aber Estnisch und Deutsch gelernt, und sind als Handwerker und dergleichen seit langem tätig.

Ein einsames Wasser ist dieser Doppelsee. Dunkle Waldungen umrahmen die Ufer. Die durchschnittliche Tiefe des Peipus-Sees beträgt etwa 10 Meter, und nur in dem natürlichen Kanal, der ihn mit dem Pleskauer See verbindet, steigt die Tiefe bis über das Doppelte. Im Verlaufe der Geschichte hat er verschiedene Wandlungen erfahren. War er dermaleinst bei weitem ausgedehnter, so trifft er in neuester Zeit wieder Anstalten, den Kampf mit dem Lande aufzunehmen. Das ist veranlaßt worden durch die zahlreichen Kanäle, die im 19. Jahrhundert in der Umgegend angelegt worden sind und deren Wasser sich nun sämtlich in den See ergießen. Da sie durch die Narowa nicht schnell genug abgeführt werden, so hat der Peipus-See seinen Spiegel erhöht, ist vielfach über die Ufer getreten und hat das Angelände weithin versumpft. Nur selten furcht ein Dampfer die Wasser der beiden verschwisterten Seen. Das ist das Dorpater Schiff, das über den See bis nach Pleskau im Süden, bis in die Narowa hinein im Norden führt: denn die Embach ist von Dorpat an schiffbar. Aber bis Narwa selbst kann der Dampfer nicht fahren. Die Narowa, die die Wasser des Peipus-Sees nordwärts dem Finnischen Meerbusen zuführt, ist ein breiter, schnell fließender Strom, der wenige Kilometer vor Narwa auf eine Felsbarre stößt. So ist der berühmte Wasserfall der Narowa entstanden, der in zwei Stürzen hier die im Bette liegende Felseninsel umtobt. Die moderne Zeit hat das schöne Naturbild nicht unangetastet gelassen, sondern sich beeilt, die gewaltige Kraft des Wasserfalls auszunutzen: so sind die großen Fabrikanlagen von Krönholm entstanden, die viele Tausende Arbeiter beschäftigen. Dieser Wasserfall ist es, der die Schiffahrt von Narwa abschneidet.

Narwa ist daher wirtschaftlich in einer nicht glücklichen Lage. Ihm fehlt die Wasserverbindung mit seinem natürlichen Hinterlande, und die Mündung der Narowa wird durch Sandbänke verschlossen, so daß die Fahrzeuge auf einer offenen Reede vor Anker gehen müssen. Dennoch war die Stadt einstmals ein Hauptknotenpunkt des Handels: das war zu den Zeiten der Hanse, die von hier aus ihren Handel ins Innere Rußlands betrieb. Damals beschäftigte die Narwafahrt viele Schiffe, allein das Ende der Hanse und später der Wettbewerb des unfern neugegründeten St. Petersburgs haben Narwas Schicksal besiegelt. Es ist eine kleine, stille Stadt geworden, aber noch trägt sie ganz und gar das charaktervolle Gepräge einer großen Vergangenheit. Um dieses östliche Bollwerk deutscher Kultur sind ungezählte Kämpfe geführt worden. Was sich am Westufer des hier besonders eng zusammengepreßten Stromes erhebt, das ist deutsch. Deutsch ist die wuchtige Ordensburg mit ihrem kraftvollen Lüginsland; deutsch ist die Stadtanlage, die an malerischen Winkeln nicht arm ist. Drüben aber, auf noch etwas höherem Felsen, liegt wiederum Rußland, liegt Iwangorod, die Festung, die die Russen hier bauten, als die Narowa noch der Grenzfluß gegen Schweden war. Niedrig und geduckt liegen ihre Werke, und was sich um sie angebaut hat, das ist russisches Leben und russisches Volk. Nur 2000 Schritt Wasserfläche trennen hier zwei Welten voneinander.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Sommer-Kleider

in ausserordentlich grosser geschmackvoller Auswahl und soliden Preislagen.

Backfischkleider in getüpften und gestreiften Sommerstoffen, reizend verarbeitet **16⁵⁰ 22⁵⁰ 27⁰⁰**

Damenkleider in verschiedenen Sommerstoffen und neuen losen Formen **32⁰⁰ 45⁰⁰ 53⁵⁰**

Damenkleider fesche Mittelformen in aparten Schleierstoffen . . **64⁰⁰ 71⁰⁰ 82⁵⁰**

Seidenkleider in eleganten Formen mit reicher Stickereiverzierung . . . . . von **148⁰⁰** an

Modellkleider **für den Hochsommer,** in ganz neuer Ausmusterung und soliden Preislagen.

Sommer-Blusen

Bluse weiss waschkrepp mit Kragen und Knöpfen **18²⁵**

Bluse weiss mit reicher Stickerei und Hohlsaum **28⁷⁵**

Bluse weiss Krepp mit rundem Halsausschnitt . . **37⁵⁰**

Bluse weiss Schleierstoff mit grossem Kragen und Spitzen garniert **43⁰⁰**

Bluse weiss Schleierstoff, apart verarbeitet, mit farbiger Garnitur **48⁷⁵**

Bluse aus gestreiftem Voile mit grossem Kragen und Knopfgarnitur **22⁷⁵**

Bluse aus hellgeblümtem Voile mit grossem weissen Kragen **27⁰⁰**

Bluse aus hellgemustertem Voile mit rundem Halsausschnitt **37⁵⁰**

Bluse aus schw. und dunkelblau Batist mit weissen Tupfen und spitzem Halsausschnitt . . . **34⁰⁰**

Bluse in dunkelgemustertem Voile mit Stehkragen und Seidenblenden **38⁵⁰**

112

Walter & Fleck

Grösstes Kaufhaus in Danzig

Sozialdemokrat. Verein Danzig-Stadt
Büro Danzig, 4. Damm 7.

Montag den 22. April 1918, abends pünktl. 8 Uhr

Generalversammlung

im Saale der Frau Steppuhn, Danzig-Schidlitz.

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Neuwahlen: des Vorstandes — Jugend- und Bildungs-Ausschusses.
3. Stellungnahme zur Erhöhung der Beiträge.
4. Verschiedenes.

Das Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzuzeigen.

Handzettel werden nicht ausgegeben. Die Hauskassierer werden ersucht, die Mitglieder auf die Versammlung hinzuweisen.

110 **Der Vorstand. Eugen Sellin.**

Donnerstag, 25. April, abends 8 Uhr, Danziger Hof (Festsaal):
Oeffentlicher Taesler-Vortrag (mit Diskussion)

„Das Jesus-Christus-Problem".

Inhalt: Ergebnisse d. wissensch. Jesu-Forschg.: Ist Jesus Mythos, Gott od. Mensch? — Jesu Lehre. — Die Christus-Idee. — Können wir heut noch Christen sein? In 17 Städten Deutschlands gehalten! **Vorverkauf:** Numer. Sitzplatz ℳ 1.75, 1.25; Stehplatz 0.75 in **L. Saunier's Buchhandlung**, Langgasse **9**. **Abendkasse** 25 ₰ mehr. 109

Trauer-

Hüte *in reicher Auswahl*

Blusen *Handschuhe* *zu billigsten Preisen*

Julius

Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Glasblumen-Schmuck.

Broschen mit Frauenköpfen, Kinderköpfen, Kamee, Simili, Bernstein etc. etc. von 70 Pf. per Dtzd. aufwärts, Glasperlenhalsketten mit und ohne Anhänger von Mk. 1.40 per Dtzd. aufw., Rosenkränze aus Perlen in verschiedenen Farben von Mk. 2.— per Dtzd. aufw. Lange Perlenketten mit Karabiner Mk. 1.80 per Dtzd., Herren- u. Damenfingerringe, Kinderringe mit Steinen, Rotem Kreuz, Eisernem Kreuz, Emaillebroschen und Boleros, Hutnadeln und Hutnadelschützer, Similihaarspangen etc. **Schmuckzugabeartikel** von Mk. —.95 per Gros aufw. Verlangen Sie Schmuckmusterpaket von Mk. 20.— aufwärts gegen Nachnahme. Vorauszahlungen erbitte auf mein Postscheckkonto Berlin Nr. 22112.

Richard Werner, Fabrik und Versand,

Schlag b. Gablonz a. N. 10[illegible]

Echt gekachelten garant. rein. **Schnupftabak** offeriert

Julius Gosda, Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakkachelei,

Danzig, Ecke Häkergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428

Konsum- u. Spargenossenschaft für Danzig u. Umgegend.

Sonntag den 28. April 1918, nachmittags 3 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im „Eschenhof", Langfuhr, Eschenweg 6.

Tagesordnung: 107

1. Bericht über das erste Halbjahr der Geschäftszeit 1917/18.
2. Aussprache. — Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Aufsichtsrat.**

E. 2173

Bekanntmachung

betreffend Aufhebung der Verordnung über Dampfpflüge.

Die Verordnung betr. Dampfpflüge vom 28. September 1917 — E 4624 — wird hiermit aufgehoben.

Danzig Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 16. April 1918.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm, Marienburg.

Am 20. April 1918 tritt eine neue Bekanntmachung G 1300/3. 18 KRA. (K. St. 1d 176 g) in Kraft betreffend:

Bestandserhebung von Kautschuk- (Gummi-) Billardbande

Der Wortlaut ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern sowie in öffentlichen Anschlägen einzusehen.

Vordrucke sind bei der Kriegsamtstelle, Abt. 1d, Danzig kostenlos erhältlich.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 20. April 1918. 108

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm, Marienburg.

Für unseren gesamten maschinellen Betrieb, auch elektrische Anlagen, suchen wir für sofort als

Maschinenmeister

anstelle des zum Militär eingezogenen [illegible] einen militärfreien Schlossermeister, auch Kriegsinvalid., der schon ähnliche Stellung bekleidete und gewöhnt ist, bei vorkommenden Reparaturen selbst mit Hand anzulegen. Stellung bei [illegible] unbedingt dauernd.

F. Crépin, Brennerei u. Preßhefefabrik A.-G.

Stettin, [illegible] 6. 116

Moderne illustrierte Zeitschriften

Der wahre Jakob 15 Pfennige — **Jugend** 55 Pfennige — **Simplizissimus** 45 Pfennige

Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32

Volkswacht

Danzig, Paradiesgasse Nr. 32

Buchdruckarbeiten

für Handel und Gewerbe

Ein Waggon Emaille

Nur prima Qualität! 111

Schmortöpfe mit Deckel, blau 4.25 3.75 **2.75**	**Fleischtöpfe** mit Deck., grau, 6.75 5.50 **4.75**
Schmortöpfe grau, flach . . 4.50 3.75 **2.75**	**Tassen** mit Untertass., weiss, Paar 1.30 **95 ₰**
Kasserollen mit Stiel, blau 3.60 1.75 **1.50**	**Teller** grau . . . . **65 ₰**
Pfannen grau, mit 2 Griffen 4.50 3.75 **3.25**	**Leuchter** in verschied. Farben . 1.40 **1.25**
Bratpfannen oval, grau . . 5.00 4.50 **3.00**	**Tablette** braun und grau . . 4.00 2.85 **2.25**
Menagen weiss, 3teilig **2.85**	**Brotkörbe** braun **2.75**
Kaffeekannen weiss **2.75**	**Wasserkannen** grau 9.50 8.25 **6.75**
Kaffeekännchen weiss . . . . **95 ₰**	**Eimer** grau 7.50 **3.75**
Kummen weiss . . . . 80 **70 ₰**	**Toiletteeimer** grau und braun, 18.50 **16.50**
Kinderbecher sort. . . . . **65 ₰**	**Waschkessel** Zink 18.75 17.50 **15.50**

Mehrere Waggons Porzellan

Teller weiss, tief und flach . . . . . **85 ₰**	**Trinkbecher** bunt . . . . 65 **45 ₰**
Dessertteller weiss . . . . 60 **45 ₰**	**Schüsseln** rund, weiss 2.25 **1.25**
Dessertteller Golddekor . . . . . . **35 ₰**	**Kaffeekannen** bunt dek. . . 4.75 3.75 **2.85**
Kuchenteller Golddekor . . . . . 95 **75 ₰**	**Kaffeekannen** weiss . . . . . . 2.00 **95 ₰**
Dessertteller bunt dekoriert . 1.00 85 **65 ₰**	**Teekannen** weiss 2.75 **2.45**
Tassen Golddekor . . . . Paar **75 ₰**	**Kaffeekannen** schwarz dekoriert . . **3.50**
Tassen bunt dekoriert Paar 1.50 1.35 **95 ₰**	**Brotkörbe** dekoriert 4.75 **3.75**
Milchtöpfe Golddekor . . . . **45 ₰**	**Kaffeeservice** dekoriert, 9 teilig 13.50 **8.50**
Milchtöpfe bunt 1.45 1.35 **1.15**	**Tafelservice** reich dekoriert, 23 teilig **58.00**
Schalen Golddekor . . . . **45 ₰**	**Tafelservice** reich dekoriert, 45 teilig **86.00**

Mehrere Waggons Steingut

Teller tief und flach, weiss . . . . . **39 ₰**	**Gemüsetonnen** dekoriert ☐ . . . . . **95 ₰**
Teller tief und flach, bunt dekoriert . **35 ₰**	**Gewürztonnen** weiss ☐ . . . . . . **28 ₰**
Tassen mit Schrift . . . . Paar **45 ₰**	**Salz- u. Mehlmesten** 2.00 **1.50**
Trinkbecher weiss . . . . 20 18 **16 ₰**	**Kartoffelschüsseln** dekoriert ☐ . . . **85 ₰**
Trinkbecher mit Schrift . . . . **35 ₰**	**Kartoffelschüsseln** mit Deckel, dek., **1.50**
Bols dekoriert . . . . . 30 25 20 18 **12 ₰**	**Fleischplatten** oval 1.75 1.45 **1.25**
Kummen weiss . . . . 1.35 1.10 **95 ₰**	**Wasserkannen** dekoriert 2.50 **2.00**
Milchbecher dekoriert . . . . **32 ₰**	**Marmeladendosen** bunt 1.75 **1.35**
Satzschüsseln weiss, 6teilig **3.75**	**Waschgarnituren** dekoriert **6.75**
Satzschüsseln bunt dekoriert, 6teilig. **5.50**	**Tonnengarnituren** dek., 16teil., 25.00 **18.50**

Freymann

Porzellan-Vasen schöne Formen u. Dekors, Stück **95 ₰**

Neue und gebrauchte

Fahrräder

federnde Holzbereifung, Lederit, Spiralen, Ersatzteile für Fahrräder.
Feuerzeuge, Taschenmesser, Scheren, Sprechmaschinen, Schallplatten, Taschenlampen, Batterien.

A. Hein, Breitgasse 113.

Jede

Nähmaschine

reparieren schnell

Wilken & Söhne

Heilige Geistgasse Nr. 127
Fernruf 1237

Nur solange Vorrat reicht!

Wäsche-Stärke

für alle Wäsche, rein, kein Ersatz, sowie vorzüglich zum Kochen. Mustersendung von 2 Pfd. à 9,50 Mk.

Fritz Buxbaum, Bad Oeynhausen,
Bahnhofstr. 514.

Führer

durch das preußische Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister

Preis 60 Pfennige

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volkswacht
Danzig :: Paradiesgasse

„Volksfürsorge"

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverfall.

Man verlange Prospekte von der

Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, [illegible]